



Positionspapier

Perspektivwechsel

Integration-soziale Inklusion-Diversität
Bezirksamt Altona 2019

Summary

Aktuell ist eine große Dringlichkeit erkennbar, Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung jeglicher Art sowie zur Populismusbekämpfung zu entwickeln und flächendeckend umzusetzen. Dabei sind alle Ansätze der Demokratieförderung und der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts nutzbar zu machen und alle institutionellen und zivilgesellschaftlichen Akteure in der Verantwortung, sich für die Stärkung der Demokratie und gegen die Spaltung der Gesellschaft einzusetzen.

Der Umgang mit Superdiversität und vor allem der Umgang mit den Unsicherheiten, die diese Superdiversität in der Gesellschaft mit sich bringt, steht dabei im Vordergrund. Es ist wichtig, diese Unsicherheiten zu identifizieren, zu benennen und Maßnahmen, die zu ihrer Auflösung beitragen, zu entwickeln. Andernfalls nutzen Rechtspopulisten diese diffusen Befürchtungen und Unsicherheitsgefühle, die sich in der Regel auf Ressourcen- und Sicherheitsthemen beziehen, um ihre Wählerschaft zu vergrößern und somit der demokratischen Ordnung Schaden zuzufügen.

Dieses Positionspapier soll dazu dienen, den erforderlichen Perspektivwechsel zu erleichtern, denn es stellt sich nicht länger die Frage, ob die Gesellschaft mit Diversität umgehen möchte, sondern wie sie es zum Wohle aller und zur bestmöglichen Entwicklung unserer Gesellschaft bewerkstelligen kann.

Diese Diversität setzt sich aus vielen Facetten zusammen und lässt sich nicht länger auf migrantische oder kulturelle Kategorien beschränken. Aus diesem Grund gibt es kein neues Integrationskonzept für Altona, sondern das vorliegende Positionspapier, das den erforderlichen Perspektivwechsel aufzeigen und erleichtern soll. Aus diesem Positionspapier werden verschiedene Maßnahmen hervorgehen, die den Umgang und das konstruktive, gemeinsame Gestalten von Vielfalt in den Vordergrund rücken sollen. Sie können auf lokaler Ebene in den Quartieren umgesetzt werden.

Die relevanteste Maßnahme ist die Entwicklung der Altonaer Deklaration, die die Grundlage für ein gutes Zusammenleben darstellen soll. Auf den folgenden Seiten wird der Weg vom Gedanken der Integration über den Ansatz der sozialen Inklusion hin zum Umgang mit Diversität vollzogen. Damit Demokratie als Wert für den Einzelnen erfahrbar und verteidigungswürdig wird, werden des Weiteren die Möglichkeiten aufgezeigt, für die Aktivierung der Bewohner*innen in den Quartieren Anleihen aus der Friedens- und der Demokratiepädagogik zu nehmen, sowie eine Idee vorgestellt, wie die Verwaltung das Thema Diversität intern mehr in den Vordergrund rücken kann.

Hamburg 2018

“Deutschland, das sind wir alle!”

Diesen Satz sagte Bundeskanzlerin Merkel in Ihrer Regierungserklärung vom März 2018. Damit fordert sie zum aktiven Zusammenhalt aller auf, unabhängig von Herkunft oder Lebensentwurf. Wer den Zusammenhalt der Gesellschaft will, muss sich deshalb gegen Rassismus stellen.

Antidiskriminierungsstrategien sind keine „nice-to-have“-Maßnahmen, sondern ein essenzielles gesellschaftliches und politisches Anliegen. Das Altonaer Integrations- und Diversitätskonzept möchte zur Entwicklung solcher Strategien beitragen. Dabei soll in Altona der Fokus auf die Wertschätzung des Individuums gelegt, aber auch das „WIR“ neu definiert werden, damit sich jeder zugehörig fühlen kann. Es soll, im Sinne eines Schneeball-Effektes, die Multiplikation eines konstruktiven Umgangs mit Diversität in der Stadtgesellschaft befördern.

Inhalt

Vorwort	Seite 7
1. Einleitung	Seite 10
2. Auswertung des Altonaer Integrationskonzeptes von 2011	Seite 13
2.1 Bildung und Ausbildung	Seite 13
2.2 Gesundheit	Seite 15
2.3 Perspektive für Geflüchtete	Seite 15
2.4 Sport	Seite 16
2.5 Integration im Stadtteil	Seite 16
2.6 Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund	Seite 16
2.7 Bürgerschaftliches Engagement	Seite 17
2.8 Untersuchung im SDZ (<i>Soziales Dienstleistungszentrum des BA Altona</i>)	Seite 17
2.9 Q8	Seite 17
3. Altona – Ort der Vielfalt	Seite 18
3.1 Wer bildet die diverse Gesellschaft?	Seite 18
3.2 Was ist gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und wieso ist sie ein gesamtgesellschaftliches Problem?	Seite 20
3.3 Was befördert gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit?	Seite 21
3.4 Was kann man dagegen tun?	Seite 21
3.5 Ein mögliches Konzept für den Sozialraum	Seite 22
3.6 Die Rolle der Verwaltung	Seite 27
3.7 Die Altonaer Deklaration	Seite 27
3.8 Modellskizze Entwicklung von Antidiskriminierungsstrategien im Sozialraum	Seite 29
3.9 Maßnahmensammlung	Seite 30
4. Schlussbemerkung	Seite 33
Quellen	Seite 34
Impressum	Seite 35

Vorwort

Im Jahr 2017 wurde das neue Hamburger Integrationskonzept vorgestellt und veröffentlicht. In Anlehnung daran ist, unter Beteiligung verschiedener bezirklicher Akteure aus Zivilgesellschaft, Politik und Religion, das Integrationskonzept für Altona überarbeitet worden. Die gut besuchte Auftaktveranstaltung im Februar 2017 „*Schulterschluss für Altona*“, im Kollegiensaal des Rathauses, hatte zum Ziel, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Mitarbeit an diesem Überarbeitungsprozess zu gewinnen. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Frau Aydan Özügüz, der damaligen Staatsministerin und Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Dem folgte ein Fachvortrag zum Thema Diversität von Dr. Jens Schneider von der Universität Osnabrück sowie eine Podiumsdiskussion zum Thema ‚Gelingensfaktoren für Teilhabe in der Gesellschaft‘.

Am Ende der Veranstaltung wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gebeten, sich für die Mitarbeit am Altonaer Integrationskonzept zu registrieren. Etwa 70 Personen – Angehörige unterschiedlicher Institutionen sowie Privatpersonen – folgten diesem Aufruf, ihre jeweilige Kenntnis und Expertise aus Praxis und Alltag in den Quartieren des Bezirks in den Arbeitsprozess einzubringen. Der gesamte Prozess wurde, und wird nach wie vor, durch eine Lenkungsgruppe begleitet, die sich aus den Mitgliedern der verschiedenen Fraktionen der Bezirksversammlung zusammensetzt. Diese trifft sich regelmäßig einmal monatlich.

Im März bildeten sich in einem Workshop vier Arbeitsgruppen zu den Themen „*Diversität und kultureller Austausch*“, „*Bildung und Teilhabe*“, „*Gesundheit und gesundheitliche Aufklärung*“ und „*Interreligiöse Dialoge*“. In den Folgemonaten tagten diese Arbeitsgruppen jeweils dreimal. Die Auswertungen (siehe Kapitel 3) fanden Eingang in eine Demokratiekonferenz des Bundesprojekts „Demokratie leben-Partnerschaften für Demokratie und Vielfalt in Altona“, das seit Juli 2017 im Bezirk Altona umgesetzt wird.

Diese Demokratiekonferenz brachte weitere Ergebnisse hervor, die, wie viele weitere interne Beratungen, Eingang in das Positionspapier fanden. Das Ergebnis dieses Prozesses liegt hiermit vor.

Das Positionspapier gliedert sich in drei Teile: In der Einleitung werden die Zielsetzung und der Paradigmenwechsel erläutert, der zu der neuen Namensgebung „*Positionspapier Perspektivwechsel*“ geführt hat. Im zweiten Abschnitt werden die Wirkungen des Vorgängers, des bezirklichen Integrationskonzepts von 2011 ausgewertet. Das dritte Kapitel erläutert die aktuellen Gegebenheiten und Herausforderungen im Bezirk Altona.

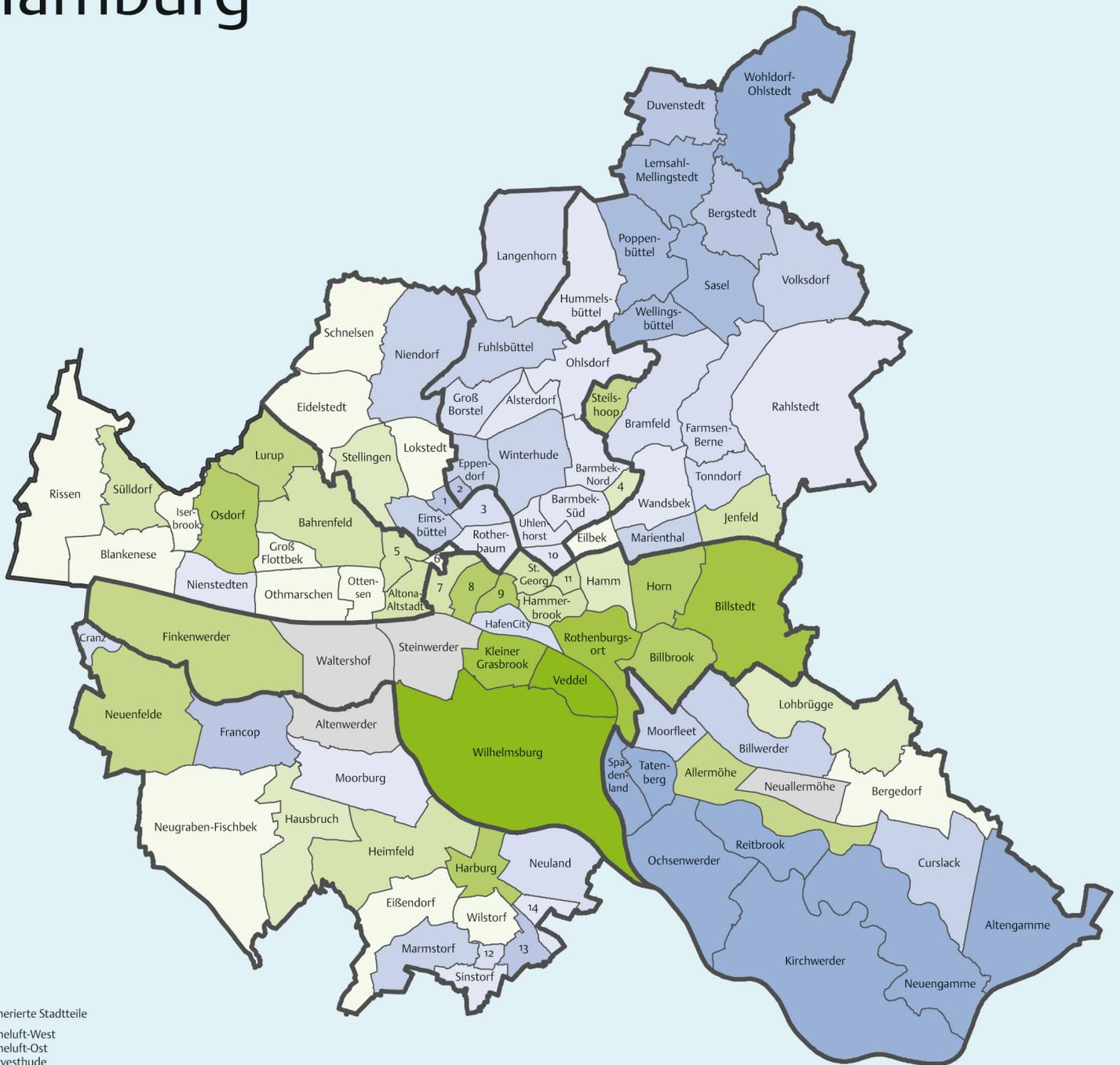
Im bundesweiten Vergleich zeigt sich, dass der Stadtstaat Hamburg das Bundesland mit der höchsten Diversität ist. Dies wird anhand des Diversitätsindex¹ deutlich, der 2017 im Auftrag der Körber-Stiftung entstanden ist.

„Wie vielfältig eine Stadt ist, drückt sich nicht nur in der Herkunft ihrer Bewohner aus. Gerade in einer Metropole wie Hamburg treffen Menschen aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands und der Welt aufeinander und bringen die unterschiedlichsten Einstellungen und Lebensstile mit“, sagt Melanie Leonhard, Senatorin für Arbeit, Soziales, Familie und Integration der Freien und Hansestadt Hamburg.

„Mit der Untersuchung zur Superdiversität blickt die Körber-Stiftung aus einer neuen Perspektive auf unsere Stadt. Sie zeigt, dass wir Vielfalt auch in Stadtteilen finden, in denen wir sie nicht unbedingt erwarten. Das macht Hamburg spannend. Das ist ein Ergebnis einer Untersuchung, die das infas-Institut für angewandte Sozialwissenschaft im Auftrag der Körber-Stiftung durchgeführt hat. Der neu entstandene ‘Superdiversitäts-Index’ zeigt auf einer Karte, wie vielfältig Hamburgs Stadtteile sind. Dafür wurde nicht nur die Verteilung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund erfasst, sondern der Begriff Diversität um die Faktoren Alter, Kaufkraft, Religion und Parteienpräferenz erweitert.“ (Körber-Stiftung 2017)

Das folgende Schaubild bildet den Superdiversitäts-Index ab:

Superdiversitäts-Index Hamburg



Nummerierte Stadtteile

- 1 Hoheluft-West
- 2 Hoheluft-Ost
- 3 Harvesthude
- 4 Dulsberg
- 5 Altona-Nord
- 6 Sternschanze
- 7 St. Pauli
- 8 Neustadt
- 9 Hamburg-Altstadt
- 10 Hohenfelde
- 11 Borgfelde
- 12 Langenbek
- 13 Rönneburg
- 14 Gut Moor

Quelle: ifas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH
im Auftrag der Körber-Stiftung, 2017

Ausprägung der Superdiversität

grau: Datengrundlage nicht ausreichend



gering

hoch

DIVERSITÄT IST DAS NORMALE

Im Jahr 2010 wurde der Bezirk Altona, wie 52 weitere deutsche Kommunen, mit dem Titel „Ort der Vielfalt“ ausgezeichnet, für den besonderen Einsatz für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. „Hamburg-Altona: Ort der Vielfalt – Wir engagieren uns für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ ist seitdem auf einem Schild am Eingang des Altonaer Rathauses zu lesen. Dieser Grundsatz prägte maßgeblich das Altonaer Integrationskonzept aus dem Jahr 2011 und viele Diskussionen und Prozesse, die seitdem stattgefunden haben.

Im Folgenden wird deutlich werden, dass sich inzwischen die demographischen und gesellschaftspolitischen Gegebenheiten in unserer Stadt und in unserem Bezirk so stark weiterentwickelt haben, dass sich auch das Altonaer Integrationskonzept von 2011 einer sprachlichen und inhaltlichen Auseinandersetzung zu stellen hat.

Im Bezirk Altona gibt es eine weit zurückreichende Historie was die Auseinandersetzung mit Fragen der Integration, der sozialen Inklusion und Diversität betrifft. Altona war schon vor langer Zeit ein Ort der Diversität, des Engagements und der Perspektiven für viele unterschiedliche Menschen. Religiöse Toleranz und Gewerbefreiheit hatten seit jeher eine besondere Bedeutung in Altona. Bis heute symbolisiert das Stadtwappen mit dem offenen Tor diese Weltoffenheit.

Verfolgte Protestanten aus den spanischen Niederlanden und Frankreich sowie Mennoniten und deutsche und portugiesische Juden wurden im Laufe der Jahrhunderte aufgenommen. Unter dänischer Regentschaft war Altona im 18. Jahrhundert auch deswegen eines der großen Zentren der Aufklärung in Norddeutschland. Heute hat ein Drittel der in Altona lebenden Menschen einen Migrationshintergrund, bei Jugendlichen liegt er bei 43 Prozent, in vielen Altonaer Quartieren sogar bei über 50 Prozent. Demgemäß betonte Aydan Özüguz in ihrer Rede im Februar 2017 auch, dass wir bei der Integration von Menschen mit familiären Einwanderungsgeschichten nicht mehr über eine Minderheit oder eine Randgruppe reden, sondern über die Mitte der Gesellschaft. Ein Migrationshintergrund sage heutzutage noch nichts über einseitige Integrationsbedarfe aus. Diese Aussage ist grundlegend für die Ausrichtung dieses Positionspapiers.

Der Bezirk bietet aufgrund seiner vielfältigen Einwohnerstruktur und der hohen Lebensqualität viel Identifikationspotenzial. Das ist eine gute Ausgangslage, um die unterschiedlichen Bewohner und Bewohnerinnen nicht nur

einfach zu beherbergen, sondern auch deren Zugehörigkeitsgefühl zu stärken und damit einhergehend Teilhabe und Teilhabechancen für sie voranzubringen. Das Leitbild des Altonaer Integrationskonzepts von 2011 besagt:

„Integration ist ein unaufhörlicher Prozess des Übereinkommens über die gemeinsamen Grundlagen und Regeln des Zusammenlebens. Er muss von allen gesellschaftlichen Gruppen intensiv angeregt und gelebt werden. Integration ist eine bedeutende gesellschaftliche und staatliche Aufgabe. Ziel der Integration ist es, den Einwanderinnen und Einwanderern eine gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben zu ermöglichen.“

Integrationsförderung muss zielgerichtet erfolgen. Sie soll sich an den unterschiedlichen Bedarfen von eingewanderten Menschen ausrichten, sich auf spezifische Bedürfnisse verschiedener Gruppen konzentrieren und strukturellen Benachteiligungen entgegenwirken. Alle Altonaer Bewohner sind willkommen und aufgefordert, sich zu beteiligen und den Stadtteil mit zu gestalten – unabhängig davon, welchen ethnischen Hintergrund sie haben. Damit eine Integration gelingen kann, ist es notwendig, sich über einige elementare Grundlagen zu verständigen. Dazu gehören die unveräußerlichen Menschenrechte, die rechtlichen Grundsätze, die für ein Zusammenleben in Deutschland Voraussetzung sind, und die persönliche Freiheit, sein Leben individuell zu gestalten.“

Diese Ausführungen sind heute genauso aktuell wie damals. Dennoch ist es an der Zeit, einen Paradigmenwechsel vorzunehmen. Die Beschränkung auf den Begriff „Integration“ nimmt immer noch vor allen anderen die Einwanderinnen und Einwanderer und ihre Kinder (und teilweise auch ihre Enkel) in den Fokus.

In einer Gesellschaft, in der einen „Migrationshintergrund“ zu haben fast schon auf die Hälfte der Bevölkerung zutrifft, betrifft die Herausforderung, ein auskömmliches Miteinander im Sinne des Aufeinander-Zugehens zu schaffen, die gesamte Bevölkerung. „Integrationsbedarfe“ lassen sich nicht mehr einseitig adressieren. Mit diesem Konzept soll daher eine neue, zeitgemäße Haltung eingenommen werden. Der Begriff der „Integration“ wurde dabei schon vor nicht allzu langer Zeit durch den Begriff der „sozialen Inklusion“ abgelöst. Die Fibel der vielen kleinen Unterschiede aus Nordrhein-Westfalen

erläutert die Begriffsbedeutung:

„Inklusion heißt Einschluss. Im Umkehrschluss bedeutet das, niemanden auszuschließen. Bei der Idee der Inklusion geht es also darum, dass jeder Mensch mit seinen Besonderheiten – seiner sexuellen Identität, seiner Behinderung oder seiner kulturellen Herkunft – ein vollwertiges und akzeptiertes Mitglied der Gesellschaft ist. (...) Und das setzt voraus, dass der gängige Begriff der Normalität im Sinne von Normensetzung außer Kraft gesetzt wird. (...) Normal ist Vielfalt. Und Vielfalt bereichert.“

Die hier gemeinte Vielfalt umfasst wesentlich mehr Aspekte als die üblichen Kategorien wie ethnische oder kulturelle Zugehörigkeit und verlangt auch nach Akzeptanz gegenüber jedwedem Unterschied. Lebensentwürfe und Lebenssituationen sind nun einmal sehr unterschiedlich, und jeder und jede kann sich – solange kein anderer dadurch beeinträchtigt wird – weitestgehend entscheiden, wie er oder sie leben möchte, mit wem und in welcher Konstellation. So sollte es zumindest sein; das ist unser Anspruch gegenüber allen Bürger*innen, unabhängig von einer bestimmten Herkunft, Religion oder sexuellen Orientierung. Diese komplexe Realität der Stadtgesellschaft soll in Altona als Bereicherung und Ressource mehr in den Fokus genommen werden. Wer wirklich die Integration aller Menschen in die Gesellschaft befördern möchte, muss Diversität ernst nehmen und den Umgang damit offensiv und konstruktiv gestalten. Das bedeutet nicht, dass es ohne Spannungen und Widerstände vonstattengehen wird, aber es wird sich lohnen. „Vielfalt kann eine Chance sein, vor allem ist sie aber ein Faktum“ – so ist es im Frankfurter Integrations- und Diversitätskonzept formuliert. Diese Feststellung und die Anerkennung der Realität sind Ausgangspunkt dieses Konzepts. Dafür bedarf es einer akzeptierenden Haltung. Die veränderte Realität, durch Neuzugezogene und vielfältigste Lebensentwürfe, lässt sich nicht leugnen, aber sie lässt sich in gemeinsamem Aushandeln gestalten. Auch das Hamburger Integrationskonzept spricht von Vielfalt als Ressource und davon, das Neue und das Verschiedene erst einmal als Bereicherung anzuerkennen. Wenn dies zur gelebten Kultur wird, ist der Weg zur Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger auf allen Ebenen prinzipiell offen.

Partizipationsmöglichkeiten wahrzunehmen setzt voraus, dass das Individuum sein Leben und sein Umfeld aktiv mitgestalten möchte und kann. Dies wiederum muss getragen sein von einem Gefühl der Zugehörigkeit und der Selbstwirksamkeit. Die Identifikation mit dem Umfeld und dem persönlichen Lebensraum wird durch die Wertschätzung des Einzelnen gefördert. Und so können ein kollektives „Quartiersgefühl“ und in der Folge viele gemeinsame Bestrebungen für ein verbessertes Zusammenleben entstehen. Diesem Ziel steht aktuell aber noch einiges im Wege: Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie Ressentiments und Ängste können immer ein zunehmend feindliches Klima erzeugen, das ein gemeinsames „Wir-Gefühl“

bedroht. Immer dann, wenn Menschen aufgrund eines einzigen gemeinsamen Merkmals in Gruppen eingeteilt und diese abgewertet und ausgegrenzt werden, spricht man von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Davon ist auch Altona nicht frei, davon ist unsere ganze deutsche Gesellschaft nicht frei. Vorurteile, Stereotypen und Feindbilder, die in Diskriminierung münden, haben Tradition in Deutschland – wie auch der Kampf dagegen. Wie schnell vermeintliche Toleranz und Sympathie in Antipathie umschlagen kann und Feindseligkeiten gegen Gruppen je nach Zeit, Ort und Situation abrufbar sind, haben die Debatten um Geflüchtete gezeigt.

Im Wechsel wurden Kategorien wie Religion, ethnisch-kulturelle Herkunft, Alter und Geschlecht oder traumatische Erlebnisse herangezogen, um einmal eine ‚Willkommenskultur‘ zu postulieren – und später, um Generalverdächtigungen und pauschale Anfeindungen zu rechtfertigen. Dieses Muster ist übertragbar auf andere Vorurteile, die überwunden schienen und die plötzlich reaktiviert werden und erneut offene Diskriminierung begründen sollen.

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

So lautet Artikel 3 unseres Grundgesetzes –für keine der genannten Kategorien ist dies bis heute wirklich garantiert. Darüber hinaus hat sich unsere Gesellschaft auch bezüglich des öffentlichen Bewusstseins zur Diversität von Lebensentwürfen stark verändert. Allgemein anerkannt und diskutiert wird, dass die sexuelle Orientierung, also die Zugehörigkeit zur Gruppe der LSBTI (lesbisch, schwul, bisexuell, trans- und intersexuell) offener gelebt wird und zugleich Hintergrund für vielfältige Formen der Diskriminierung ist.

Der Geist der Gleichberechtigung und die Logik der Weiterentwicklung des Grundgesetzes zielen aber gerade auf die institutionelle Gleichstellung von Vergleichbarem und zugleich auf das Selbstwertgefühl, das Bürgerinnen und Bürger aller Herkunft und Orientierung nicht nur ermöglichen, sondern nahelegen soll, sich als Akteurinnen und Akteure unseres Gemeinwohls zu verstehen. Die Forderung nach Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Bisexuellen sowie von inter- und transgeschlechtlichen Menschen ist in den letzten Jahren also zu Recht weiter in die Mitte der Gesellschaft gerückt – als logische Fortentwicklung des Integrationswillens, der nun in eine allgemeine und aktive wechselseitige Akzeptanz von Diversität münden soll. Unsere Gesellschaft lebt von der Vielfalt und Teilhabe aller Menschen als wichtige Voraussetzung für eine lebendige und funktionierende Demokratie. So steht es auch im Aktionsplan des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt von Januar 2017. Nur wer sich wahrgenommen, erwünscht und gebraucht fühlt, kann sich als zugehörig empfinden sowie einen starken Selbstwert und ein tragfähiges Selbstbewusstsein

ERFAHRUNGSBERICHTE

DISKRIMINIERUNG

Geschlecht: männlich

Alter: 51 Jahre

Ich arbeite als Sozialarbeiter in einer Einrichtung für Kinder und Jugendliche. Vor 4 Jahren hatte ich Dienst und es klingelte an der Tür. Als ich die Tür öffnete, stand vor mir eine ca. 50-jährige Frau, die mich ignorierte und sofort an mir vorbei wollte. Als ich sie aufhielt und fragte, ob ich ihr weiter helfen könne, entgegnete sie, wer ich denn sei.

Nachdem ich sie aufklärte, dass ich ein Mitarbeiter der Einrichtung sei und ein weiteres Mal nach ihrem Anliegen fragte, ignoriert sie mich provokant und versuchte weiter an mir vorbei zukommen.

Da in die Einrichtung keine fremden Erwachsenen einfach ungefragt reinkommen dürfen, habe ich die Frau aufgehalten und hierüber informiert. Daraufhin entgegnete sie mir von oben herab, seit wann Ausländer als Sozialarbeiter arbeiten würden, dass sie mit einem Deutschen reden wolle und ich nun endlich zur Seite gehen solle. Ich habe ihr mein Entsetzen hierüber zum Ausdruck gebracht, ab dann hatte sie es verstanden und unsere Einrichtung verlassen!

entwickeln und ausbauen.

Das hier vorliegende Positionspapier will ein starkes Signal gegen gruppenbezogene Ablehnung, Anfeindung oder Gewalt sein und zur Aktion für Selbstwertgefühl und Selbstwirksamkeit ermutigen. Folgerichtig richtet sich dieses Positionspapier an alle einzelnen Bürgerinnen und Bürger und Akteure im Bezirk Altona.

Ziel dieses Positionspapiers ist es, die Teilhabe und das individuelle Zugehörigkeitsgefühl aller Altonaer und Altonaerinnen zu stärken und dafür Chancengleichheit, Gleichberechtigung und ein vorurteilsfreies Klima zu schaffen. Die letzten Jahre haben uns gezeigt, dass auch in Zukunft „Neuhamburger“ in den Bezirk Altona hinzukommen werden – mal mehr und mal weniger. Daher bedarf es einer Auseinandersetzung über die notwendigen und wünschenswerten Maßnahmen, mit denen

Beteiligung, Begegnung und Zusammenleben im Bezirk auch weiterhin positiv gestaltet und – in Anbetracht der erwartbaren Herausforderungen – weiter optimiert werden können. Auch aus diesem Grund wird das bezirkliche Integrationskonzept neu ausgerichtet. Die bereits bestehenden Maßnahmen sollen erweitert und ergänzt werden, um Handlungsspielräume zu schaffen und zu gestalten, die das gemeinsame Leben von bereits ansässiger Bevölkerung und Neuankommenden in Altona bestmöglich gewährleisten.

Die Vielfalt der Lebensentwürfe und Gemeinschaften sowie die Vielschichtigkeit von individuellen Identitäten und Lebensverläufen werden zu- und nicht abnehmen. Deshalb ist

es unser aller Aufgabe, dies reaktiv und vorausplanend zu gestalten, und dies mit größtmöglicher Achtung voreinander. Der gekonnte Umgang mit Diversität wird hierbei zu einer Schlüsselkompetenz. Altona soll allen hier lebenden Bürgerinnen und Bürgern eine gemeinsame Heimat sein – in geübter und gelebter Solidarität untereinander. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die die **Zivilgesellschaft** genauso betrifft wie die **Politik** und die **Verwaltung**.

Das Bezirksamt Altona versteht Integrationsförderung als Querschnittsaufgabe, die systematisch und ressortübergreifend verknüpft wird und in allen Politikfeldern als gemeinsame Aufgabe zu gestalten ist. Dieser Ansatz hat sich seit 2011 nicht verändert. Die Vernetzung aller Akteure und behördlichen Fachstellen ist der erfolgversprechendste Ansatz, um die Ziele gemeinsam zu erreichen. Nicht die einen FÜR die anderen, sondern die einen MIT den anderen, im Wechselspiel und voneinander lernend. Dabei sollten alle Akteure und Akteurinnen sich auf Augenhöhe begegnen, diese Augenhöhe immer wieder herstellen und gemeinsam darauf achten, diese zu bewahren. Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen sowie privilegierte Bürger und Bürgerinnen haben die Verantwortung, sich den Ruf nach Beseitigung von Benachteiligungen zu Eigen zu machen und dieses Ziel zu unterstützen.

Die Stärken und Ressourcen auch strukturell benachteiligter Menschen zu sehen, erweitert den Blick und verändert in der Folge auch die Haltung. Mit einer solchen Motivation und Ausgangslage lassen sich die kurz-, mittel- und langfristigen Ziele dieses Konzepts erreichen. Also: **Packen wir es an!**

AUSWERTUNG DES ALTONAER INTEGRATIONS- KONZEPTES VON 2011

Im folgenden Kapitel wird eine Auswertung der Entwicklung seit Inkrafttreten des Altonaer Integrationskonzept von 2011 bis heute vorgenommen. Diese Darstellung folgt keiner zeitlichen Chronologie, weil die Herausforderungen im Zuge der Zuwanderung ab 2015 dabei berücksichtigt werden.

2011 wurde das Altonaer Integrationskonzept verabschiedet. Darin stand unter anderem diese bereits in der Einleitung zitierte Passage:

„Integration ist eine bedeutende gesellschaftliche und staatliche Aufgabe. Ziel der Integration ist es, den Einwanderinnen und Einwanderern eine gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Integrationsförderung muss zielgerichtet erfolgen. Sie soll sich an den unterschiedlichen Bedarfen von eingewanderten Menschen ausrichten, sich auf spezifische Bedürfnisse verschiedener Gruppen konzentrieren und strukturellen Benachteiligungen entgegenwirken.“

Mit Hilfe des Integrationskonzepts sollten unter anderem diese Ziele erreicht werden:

1. Wir wollen dazu beitragen, dass die Zugewanderten unter den Bewohnerinnen und Bewohnern unseres Bezirks in der Nutzung von Rechtsnormen gleichgestellt werden.
2. Die Altonaer Verwaltung soll sich interkulturell öffnen.
3. Altonaerinnen und Altonaer sollen ermutigt werden, sich als Bürger zu engagieren.
4. Migrantinnen und Migranten und Personen mit Migrationsgeschichte sollen sich mehr als bisher an politischen Prozessen beteiligen können.

Und wie sind wir seit 2011 vorangekommen?

Viele der im Konzept verankerten Ziele und Teilziele konnten bereits umgesetzt werden oder die Umsetzung hat zumindest begonnen. Manchmal sind die Ergebnisse aber noch ausbaufähig. Die erreichten Fortschritte verdanken wir selbstverständlich nicht nur dem Bezirksamt Altona selbst, sondern verschiedenen Akteuren und Akteurinnen sowie Organisationen aus dem Bezirk. Betrachten wir die erreichten Ergebnisse entsprechend dem Aufbau des damaligen Konzepts:

Bildung und Ausbildung

Die sprachlichen Barrieren, die es für viele Menschen mit Migrationsgeschichte gibt, sind niedriger geworden, seit wichtige Informationsbroschüren des Bezirksamts und des Senats in verschiedene Sprachen übersetzt werden.

Das zentrale Fort- und Ausbildungszentrum der Stadt Hamburg für den Öffentlichen Dienst bietet regelmäßig **Seminare zum Thema „Interkulturelle Öffnung“** an, die das Verständnis der Bezirksamtsmitarbeiter und Mitarbeiterinnen für sprachliche und kulturelle Verständigungsprobleme stärken. **Organisierte Besuche** von Moscheen haben dazu beigetragen, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Bezirksamtes ihre Bilder von Muslimen und Musliminnen mit der Realität abgleichen konnten. So konnten Vorurteile und Berührungspunkte abgebaut werden.

Das aktuelle Bundesprojekt **„Demokratie leben – Partnerschaften für Demokratie und Vielfalt“** und das Vorgängerprojekt **„Toleranz fördern – Kompetenz stärken“** haben Strukturen und Gremien geschaffen, in denen sich migrantische Bürgerinnen und Bürger und solche mit Migrationsgeschichte **politisch mehr als bisher beteiligen** können. Interkulturelle Öffnung ist allerdings ein Prozess, der

ERFAHRUNGSBERICHTE DISKRIMINIERUNG

Geschlecht: männlich
Alter: 37 Jahre

Ich habe mal eine Erfahrung bei der Post gemacht. Ich wollte ein Paket abholen, aber die Person am Schalter wollte es mir nicht geben, weil man dafür entweder einen deutschen Ausweis oder Reisepass brauchte.

Interessant war, dass ich die Paket nicht bestellt habe, und überhaupt nicht wusste ich was drin ist. Das Paket wurde von DHL an mich geschickt, es war eine Karte für ein DHL-Postfach in meinem Briefkasten. Die Person am Schalter hat mich schlecht behandelt. Als ich gefragt habe als welchem Grund ich das Paket nicht abholen darf, sagte sie mir dass ich ein Ausländer bin. Ich sagte, ich habe ein Recht, dass sie mir schriftlich den Grund nennen oder ich will mit ihrem Abteilungsleiter sprechen. Und sie sagte laut vor allen Leuten zu mir, dass wir unsere Rechte besser kennen als die deutschen selbst. Ich habe solange da gewartet bis die Polizei kam. Drei Polizisten waren da, haben meine Aussage notiert, und von der Person hinterm Schalter ebenfalls. Einer fragte ob ich eine Anzeige machen möchte oder nicht. Ich habe nein gesagt, weil ich keinen weiteren Stress wollte.

Ein paar Tage später erhielt ich einen Anruf von der Polizei und von der Post, dass ich nicht in diese Sache schuldig bin und die Post hat sich entschuldig. Da hatte ich dieses Gefühl, man muss für seine Rechte kämpfen. Damals war ich ein paar Monaten damit beschäftigt, ich konnte mich nicht einfach davon ablenken. Aber mit der Zeit war es irgendwie aus meinem Kopf verschwunden.

nie abgeschlossen ist. Er muss immer weiter vorangetrieben werden. Dem Teilziel, Bildungsangebote für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu entwickeln, konnte sich, durch die Ausbildung der **Bildungslotsen und -lotsinnen**, angenähert werden. Damit sich Einwandererinnen und Einwanderer an gesellschaftlichen Prozessen beteiligen können und gleiche Chancen haben, braucht eine Gesellschaft eine gemeinsame Verständigungsgrundlage. Das ausreichende **Beherrschen der deutschen Sprache** als alltägliches Kommunikationsmittel ist eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen der Integration von Neu- und Alteinwanderern und -einwanderinnen und insbesondere von Kindern und Jugendlichen. **Mehrsprachigkeit** ist eine wichtige Ressource in einer diversen Gesellschaft. Um dies anzuerkennen, hat das Bezirksamt Altona die Durchführung des Tages der Muttersprache im Altonaer Rathaus unterstützt. Das **Jobcenter** bietet berufsspezifische **Kurse zur Sprachförderung** an. Die **Lotsen- und Lotsinnenprogramme** des **Diakonischen Werks** helfen den Teilnehmern und Teilnehmerinnen beim Spracherwerb und beim Entwickeln einer beruflichen Perspektive. Die Angebote des Frauenzentrums **FLAKS e.V.** richten sich gezielt an **migrantische Frauen**.

Kooperationen des Bezirksamts mit der **Volkshochschule**

sollen den Spracherwerb für Geflüchtete auf lokaler Ebene fördern; die Angebote sind niedrigschwellig und bieten auch Kinderbetreuung an, so dass Mütter sie gut nutzen können. Ein Netzwerk der bezirklichen Akteure kooperiert gezielt zur **frühkindlichen Bildung**. Des Weiteren konnte die Sprachförderung in Kitas verbessert werden. Die Altonaer **Spielhäuser** haben mehrfach ein professionelles Sprachlernprogramm für Kinder („**Schlaumäuse**“) angeboten. Und auch das **Bildungs- und Teilhabepaket**, das 2011 auf Landesebene ins Leben gerufen wurde, kommt den Altonaer Familien zu Gute. In zwei Unterkünften für Geflüchtete (in Rissen und in Bahrenfeld) wurde ein Sprachförderprogramm für Frauen mit Kindern unter 10 Jahren angeboten. In dessen Rahmen wurden auch Systemkenntnisse vermittelt, sodass neben dem Spracherwerb die Mütter befähigt werden, bestmöglich ihre Kinder zu unterstützen.

Die **Erziehung** in der Familie prägt die Bildungs- und Integrationschancen von Kindern und Jugendlichen – und zwar unabhängig davon, ob die Eltern neu eingewandert oder in Deutschland geboren sind. Deshalb wurde auch im Bereich **Elternbildung** einiges getan – etwa zu den Themen Sprachförderung, Bildung und Erziehung. Dies wurde begleitet durch eine Vielzahl von **Lotsen- und Lotsinnenprojekten** (Frühstart, Stadtteilmütter, Bildungslotsen und -lotsinnen, Zukunftslotsen und -lotsinnen für Eltern) die eine niedrigschwellige **Verweisberatung und Begleitung anbieten**.

Eine bessere Vernetzung der entsprechenden Einrichtungen hat die Elternarbeit im Bezirk insgesamt verbessert. Mindestens viermal im Jahr finden auf der lokalen Stadtteilebene und der gesamtbezirklichen Ebene die **Regionalen Bildungskonferenzen** statt. Sie werden behördenübergreifend zwischen der Schulbehörde und dem Bezirksamt geplant und durchgeführt und dienen dem Informationsaustausch sowie der Vernetzung aller Akteure und Akteurinnen zu den Themen schulische und außerschulische Bildung.

Bildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Um mehr Chancengleichheit und bessere schulische Leistungen der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund zu erreichen, bedarf es in allen Bereichen (Schule, Ausbildung und Beruf) gezielter Förderinstrumente. Dabei ist die Vernetzung und Verzahnung von sozialräumlichen und stadtteilübergreifenden Angeboten zur **Sprachförderung** und **Hausaufgabenhilfe**, von **Mentoring-Programmen** und ehrenamtlichen **Patenschafts-Projekten** sowie der diversen Beratungs- und Betreuungsangebote von großer Bedeutung.

Vor allem auf Landesebene gibt es Programme, die den Jugendlichen den **Übergang von der Schule in den Beruf** erleichtern sollen. Dazu gehören die **Jugendberufsagenturen**, **Azubi+** und das Programm **Jugend Aktiv**. Diese Angebote sind

auf die Bedürfnisse der Zielgruppe ausgerichtet und haben teilweise Mentoren-/Mentorinnen oder Patenschafts-Charakter. Auf bezirklicher Ebene haben sich die Freiwilligenagentur **Altonavi** sowie die Organisation **Unternehmer ohne Grenzen** um Praktikumsplätze für Jugendliche mit Migrationshintergrund bemüht. Das **Elbinstitut** begleitet Schüler und Schülerinnen bis zum Abitur und lässt ihnen die notwendige außerschulische Förderung zukommen. Die Einrichtungen der **offenen Kinder- und Jugendarbeit** und der **Straßensozialarbeit** erreichen zu 80% die Zielgruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund und sind für die Jugendlichen mit ihren Fragen und Sorgen zum Thema ansprechbar. Sie spielen auch eine zentrale Rolle das Thema außerschulische Bildung betreffend. Das Bezirksamt unterstützt Paten- und Mentoringprojekte, um Bildungsbenachteiligung abzubauen.

Berufliche Integration von Einwanderinnen und Einwanderern

Der Erfolg gesellschaftlicher Integration ist vor allem abhängig von der Teilhabe am Erwerbsleben. Durch gezielte Beratungsangebote und Qualifizierungen sollen die Arbeitsmarktchancen insbesondere von eingewanderten Frauen gestärkt werden. In der lokalen Ökonomie sichern migrantische Gewerbebetriebe zunehmend die Versorgung der Stadtteilbevölkerung. Darüber hinaus tragen sie mit der Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zu einer Stabilisierung von Stadtteilen bei. Gleichzeitig haben sie eine Vorbildfunktion für andere Einwanderinnen und Einwanderer. Um diese Struktur zu stützen und zu fördern, haben verschiedene Akteure und Akteurinnen im Bezirk Angebote aufgelegt: das bereits erwähnte FLAKS, das sich mit der beruflichen Qualifizierung von Frauen mit Migrationshintergrund befasst, die Diakonie mit ihren Lotsen- und Lotsinnenprojekten und Unternehmer ohne Grenzen mit Angeboten für die Zielgruppe. Die genannten Institutionen sind auf die berufliche Qualifizierung von Migrantinnen und Migrantinnen spezialisiert. Sie beteiligen sich dazu an Bundesprojekten, sowie an Projekten des Europäischen Sozialfonds.

Gesundheit

Viele eingewanderte Menschen sind aufgrund ihrer Biografien (Armut, Wohnsituation, erschwerte Arbeitsbedingungen und Migrationserfahrung) gesundheitlich stärker gefährdet als andere Bevölkerungsgruppen. Das Ziel ist weiterhin, die im Bezirk vorhandenen Gesundheitsangebote interkulturell zu öffnen. Dabei hilft etwa das Motivieren von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Teilnahme an einer **interkulturellen Qualifizierung**.

Es wurden **Informationsveranstaltungen** beispielsweise zum Thema Diabetes und Ernährung in Kooperation mit dem MIMI-Gesundheitsprojekt (Mit Migrantinnen für Migrantinnen) durchgeführt. Von zunehmender Bedeutung sind auch die gesundheitlichen Probleme und der Pflegebedarf von **älteren Einwanderinnen und Einwanderern**. Daher ist eine Sensibilisierung und verstärkte Aufmerksamkeit für das Thema „Alter und Migration“ notwendig. Durch Maßnahmen des Gesundheitsamts ist hier bereits viel erreicht worden: Der Zugang zu entsprechenden Informationen wurde verbessert. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Altona informiert“, auch für Geflüchtete in den Folgeunterkünften. Die Arbeitsgruppe Interkulturelle Gesundheitsförderung tagt regelmäßig im Gesundheitsamt Altona und arbeitet gemeinsam am Thema Gesundheitsversorgung. Informationen über das Gesundheits- und Pflegesystem wurden 2018 in einer **Broschüre** gebündelt und **mehrsprachig** zur Verfügung gestellt. Die Einrichtung Casa Blanca steht mit ihrem Beratungsangebot der migrantisch geprägten Zielgruppe für Fragen der sexuellen Gesundheit zur Verfügung.

„**Mit Migrantinnen für Migrantinnen**“ ist das Motto des Projekts zur interkulturellen Gesundheitsförderung und Prävention. Das Konzept sieht vor, dass gut integrierte Migrantinnen mit guten muttersprachlichen sowie deutschen Sprachkenntnissen zu Mediatorinnen für Integration und Gesundheit ausgebildet werden. Die interkulturellen Gesundheitsmediatorinnen vermitteln ihren Landsleuten ohne sprachliche und kulturelle Barrieren wesentliche Bereiche des deutschen Gesundheitssystems. Die Vernetzung mit Einrichtungen wie den Eltern-Kind-Zentren und den Kinder- und Familienzentren ist geglückt. Der Bereich Gesundheit hält aber für die kommenden Jahre noch weitere Aufgaben bereit. Der Sozialpsychiatrische Dienst Altona ist für alle Menschen mit psychischen Störungen oder Fragestellungen im Bezirk Altona ansprechbar, also auch für Geflüchtete und Bewohnerinnen und Bewohnern von Folgeeinrichtungen. Der Sozialpsychiatrische Dienst steht mit den Einrichtungen im Kontakt und führt bei Bedarf auch Hausbesuche durch. Es erfolgt sozialpsychiatrische/sozial-arbeiterische sowie auch medizinische Beratung. Weitere Hilfen im Bezirk werden vermittelt. Um die medizinische Versorgung zu verbessern, wird die Möglichkeit des Video-Dolmetschens bereitgestellt.

Perspektive für Geflüchtete

Hierbei ging es vorrangig um Themen wie Teilhabe und medizinische Versorgung, jedoch nahmen seit 2015/2016 akutere Themen, wie die Erstintegration von Geflüchteten großen Raum ein. Die bereits erwähnte Veranstaltungsreihe „**Altona informiert**“ deckt neben gesundheitlichen Themen auch die Bereiche Wohnungssuche, Arbeitssuche oder das Hamburger Bildungssystem ab. Diese Veranstaltungen finden mit Dolmetschern und Dolmetscherinnen und direkt in den

Unterkünften statt. Das Gesundheitsamt Altona hat für ganz Hamburg ein **Konzept zur medizinischen Versorgung von Geflüchteten** in den Erstaufnahme-Einrichtungen entwickelt. Viele Angebote und Initiativen werden durch Ehrenamtliche an die Geflüchteten herangetragen. Das Bezirksamt hat darüber hinaus ein **Pilot- Projekt für geflüchtete Männer** entwickelt und sie qualifiziert, um sie zu befähigen, anderen geflüchteten Männern die Orientierung in der hiesigen Gesellschaft zu erleichtern. Das Projekt funktioniert nach dem Peer-to-Peer-Ansatz, wird also von geflüchteten Männern durchgeführt, die regelmäßig Männergruppen in den Unterkünften des Bezirkes anbieten. Mit dem **Integrationszentrum**, das sich in Altona in der Trägerschaft von Verikom befindet, gibt es eine Anlaufstelle für Personen mit Fluchthintergrund, aber auch für Migranten und Migrantinnen ohne Fluchthintergrund.

Sport

Sportvereine sind Orte der sozialen Begegnung und leisten damit einen Beitrag zur Integration. Der Sport mit seinem sozialen und integrativen Charakter trägt wesentlich zum Abbau von Sprachbarrieren und kulturellen Vorbehalten bei – von den gesundheitlichen Vorteilen ganz abgesehen. In Zusammenarbeit mit dem Hamburger Sportbund wird die interkulturelle Öffnung von Sportvereinen gefördert und das Ziel des bundesweiten Programms „INTEGRATION DURCH SPORT“ in Altona umgesetzt.

Für interkulturelle Sportangebote wurden neue Konzepte entwickelt, die die Gedanken der Chancengleichheit, der Offenheit und des Respekts stärken und Diskriminierungen entgegenwirken. Der **Hamburger Sportbund** hat dazu eine umfassende Strategie entwickelt, über die die Broschüre „Integration erleben“ detailliert Auskunft gibt. Dabei werden Sportangebote mit sprachfördernden Elementen verknüpft. Mit dem Programm „Kids in die Clubs“, finanziert über das soziale Dienstleistungszentrum im Rahmen von Bildung und Teilhabe, wird der Zugang für Altonaer Kinder gefördert.

Integration im Stadtteil

Altona ist ein Bezirk, der für Vielfalt und Interkulturalität in Hamburg steht. Migrantische Vereine und Verbände leisten in Altona bereits seit längerer Zeit eine umfangreiche Arbeit zur Integration von Einwanderinnen und Einwanderern und ihren Nachkommen. Der Fokus liegt auf der Verbesserung der sozialen Situation und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie an stadtteilbezogenen Entscheidungsprozessen. Mit der bezirklichen Freiwilligenagentur **Altonavi** wurde eine Anlaufstelle zur Koordination und dem Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements geschaffen. Mit der Implementierung von **Quartiersmanagern** in zwei Gebieten

im Bezirk wird der Prozess der Begegnungen unterstützt und der Weg für Geflüchtete in den Bezirk erleichtert. Das Bundesprojekts **Demokratie leben – Partnerschaften für Demokratie und Vielfalt** hat den Aufbau und die Stärkung von Bündnissen für Demokratie und Vielfalt in Altona zum Ziel, sowie die Stärkung des Engagements und demokratischen Verhaltens in der Zivilgesellschaft, die Unterstützung der Zusammenarbeit aller relevanten Akteure und Akteurinnen und das Informieren über Migrationshintergründe, die Situation in den Herkunftsländern, die aktuelle Lebenssituation und Perspektiven für Neuzugewanderte sind handlungsleitend.

Der Gemeinwesen-Ansatz des Projekts **Stadtteil ohne Partnergewalt** (kurz **StoP**) leistet seit 2017 ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung und dem Aufbau von Strukturen des Gemeinwesens im Quartier Osdorfer Born. Das Projekt hat zwar das spezifische Thema Partner- und Partnerinnengewalt zum Gegenstand, ist aber aufgrund seines Aufbaus höchst inklusiv, da es die verschiedenen im Quartier lebenden Personen und Personengruppen anspricht und zusammenführt.

In den Einrichtungen der **Stadtteilkultur** gehört es zum Selbstverständnis, Angebote für alle im Stadtteil lebenden Bevölkerungsgruppen anzubieten und die Angebote entsprechend interkulturell zu öffnen.

Das Projekt **Demokratie leben – Partnerschaften für Demokratie und Vielfalt** bereichert die bereits bestehenden Strukturen im Bezirk um den Aspekt der Jugendbeteiligung. Dabei werden die Bedarfe und Bedürfnisse von Jugendlichen in den Fokus genommen, die diese im Rahmen von Gremienarbeit und Projekten zum Ausdruck bringen können.

Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund

Die Senioren und Seniorinnen sind keine homogene Gruppe, sondern heute ebenfalls geprägt durch Diversität. Die Integration älterer Einwanderinnen und Einwanderer mit Migrationsgeschichte und die interkulturelle Ausrichtung der Senioren- und Seniorinnenarbeit bedürfen erhöhter Aufmerksamkeit. Der interkulturelle Senioren- und Seniorinnentreff Mekan beispielsweise bemüht sich inzwischen mehr um die interkulturelle Öffnung und eine erhöhte Diversität in der Besucherstruktur. Im Rahmen der Altonaer Senioren- und Seniorinnenelegiertenversammlung kommt das **Seniorenmitwirkungsgesetz** zum Tragen. Es zielt darauf ab, Seniorinnen und Senioren aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben in Hamburg zu beteiligen. Die Vorgabe der Geschlechtergerechtigkeit konnte in der personellen Besetzung des Senioren- und Seniorinnenbeirats umgesetzt werden. Allerdings sind die Senioren und Seniorinnen der LSBTI* Community aktuell gar nicht repräsentiert. Um die Diversität der Altonaer Senioren und Seniorinnen auch im

Beirat abzubilden, bedarf es weiterer Anstrengungen und Ideen. Der Senioren- und Seniorinnentreff der in der Motte stattfindet wird durch das Bezirksamt Altona gefördert. Hier ist das Potential der Kooperationsmöglichkeiten besonders hoch, da es im Haus viele auch generationsübergreifende Schnittstellen gibt. Dieses Potential soll genutzt und weiterentwickelt werden.

Aktuell wird in der Einrichtung die Motte eine Ehrenamt-Strategie entwickelt, die dieses Thema aufgreift. Die **türkische Gemeinde** hat ein Projekt für die Zielgruppe der älteren Migranten und Migrantinnen aufgelegt. Es soll den Zugang zu Angeboten des Gesundheits- und Vorsorgesystems erleichtern, den Anteil der Menschen steigern die eine Beratung oder Unterstützung, beispielsweise der Pflegestützpunkte, in Anspruch nehmen und die Vernetzung mit den Einrichtungen der Altenpflege in Hamburg verbessern - also insgesamt die Versorgung der älteren Menschen mit Migrationshintergrund verbessern. Das Gesundheitsamt Altona bemüht sich um die Verbreitung der einschlägigen Informationen in verschiedenen Sprachen, damit auch die neu zugewanderten Personen über das Gesundheitssystem aufgeklärt sind und entsprechende Zugänge finden.

Bürgerschaftliches Engagement

In den letzten Jahren ist das Betätigungsfeld für Ehrenamtliche noch umfangreicher geworden. Die Freie und Hansestadt Hamburg, aber auch das Bezirksamt Altona, stehen vor der großen Aufgabe, Geflüchteten eine sichere Aufnahme und ein gutes Ankommen und Zurechtfinden zu ermöglichen. Rund um die Unterkünfte für Geflüchtete helfen schon viele Altonaer Bürgerinnen und Bürger den neuen Nachbarinnen und Nachbarn dabei, sich im Bezirk zurechtzufinden.

Es wurde für jeden Bezirk eine **Koordinierungsstelle** für ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingshilfe geschaffen. Diese steht sowohl den Ehrenamtlichen als auch den Unterkunftsbetreibern und -betreiberinnen als Ansprechpartner und Ansprechpartnerin zur Verfügung. Sie ist Schnittstelle zwischen den Einrichtungen, dem Bezirksamt und den Fachbehörden.

Außerdem vermittelt sie bei Problemen zwischen Ehrenamt und Hauptamt. Gerade im Stadtteil **Bahrenfeld** verändern sich die Bevölkerungsstruktur, der soziale und kulturelle Charakter und das Miteinander der Bewohner und Bewohnerinnen aktuell erheblich. Im Quartier leben schon sehr lange ältere Menschen, Familien, Kinder, Jugendliche und Heranwachsende. Hinzugekommen sind geflohene Menschen aus Somalia, Eritrea, Syrien, Afghanistan, Ägypten und dem Iran, die hier ein neues Zuhause gefunden haben. Eine starke Säule aller Inklusionsbemühungen ist das große zivilgesellschaftliche Engagement der **Willkommensbündnisse**, der benachbarten

Kirchengemeinden und der (Sport-) **Vereine** im Stadtteil. Konkret sind im Stadtteil Bahrenfeld etwa 350 bis 400 Menschen ehrenamtlich tätig. Um das Ehrenamt und professionelle Angebote im Stadtteil zu unterstützen und auszubauen, stellt das Bezirksamt in Kooperation mit dem Beschäftigungsträger KOALA e.V. angemietete Quartiersräume mit dem Sozialkaufhaus BaNotke zur Verfügung.

Untersuchung im SDZ (Soziales Dienstleistungszentrum des BA Altona)

2015 hat die Bezirksversammlung beschlossen, die Bezirksverwaltung auf ihre Kunden- und Kundinnenfreundlichkeit und auf mögliche Zugangsbarrieren untersuchen und evaluieren zu lassen. Die Anregung dazu kam vom Fachforum „Soziale Inklusion – Leben in Altona“ und von der „AG Runde Tische Soziale Inklusion“. Für eine exemplarische Untersuchung wählten das beauftragte wissenschaftliche Institut KPI (Kommunalspädagogischen Institut Hamburg) und die Lenkungsgruppe das Soziale Dienstleistungszentrum aus, eine kommunale Verwaltungseinheit mit Kunden- und Kundinnenkontakt.

Der entstandene Bericht enthält Anregungen und beschreibt mögliche Handlungsfelder, damit das Ziel einer inklusiv arbeitenden Verwaltung auf bezirklicher und überbezirklicher Ebene weiterverfolgt werden kann. Sowohl im Gesundheitsamt, als auch im SDZ wird an insgesamt vier Standorten die Möglichkeit zum Video-Dolmetschen eingeführt, um den Zugang zu Ressourcen zu gewährleisten und zu verbessern.

Q8

Die Ziele des Altonaer Integrationskonzepts von 2011 wurden zu einem großen Teil auch in den Stadtplanungsprozess „Q8“ übernommen. Das Quartier-Projekt Q8, 2011 mit Begleitung des Bezirksamts Altona gestartet, bemüht sich um eine Gesamtstrategie zur inklusiven Stadtentwicklung bezüglich der Faktoren „öffentlicher Raum“ und Quartiersentwicklung.

In Altona-Altstadt ist **Altonavi**, das zugleich ehrenamtliche Arbeit koordiniert und Informationen zugänglich macht, ein „neuartiger sozialer Umschlagplatz für alle Menschen im Quartier“ geworden. Neue Möglichkeiten einer inklusiven Stadtentwicklung sondiert das Forum Eine Mitte für Alle. Sein Ziel ist, dass der neue Stadtteil Mitte Altona inklusiv und barrierefrei wird. Dasselbe wird auch im Holstenquartier angestrebt (vgl.Website).

ALTONA – ORT DER VIELFALT

Mit diesem Positionspapier verpflichtet sich das Bezirksamt Altona die Vielfalt in Altona zu gestalten. Dies soll sich in allen Fachbereichen und Fachkontexten niederschlagen und Wirkung entfalten. Die folgenden Ausführungen dienen dazu, eine mögliche konstruktive Gestaltungsweise von Diversität aufzuzeigen.

„Wenn man Vorurteile, Diskriminierung und Rassismus ablehnt, muss man das alles bekämpfen, wo immer es einem unterkommt. Bei einigen jüdischen und muslimischen Gruppen besteht die Neigung, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus im Namen von Juden und Muslimen zu bekämpfen. Das ist verständlich. Aber es geschieht nicht immer mit Bezug auf universelle Werte. Vorurteile, Rassismus und Diskriminierung sind aber nicht nur deshalb falsch, weil sie eine bestimmte Gruppe betreffen, sondern auch weil sie universelle Werte verletzen.“

(David Feldman, britischer Historiker)

zusammenleben: Unabhängig von Lebenslage, Herkunft und Lebensentwurf hat jeder Mensch das Recht auf respektvolle und wertschätzende Wahrnehmung seiner ganz spezifischen Persönlichkeit mit ihren besonderen Bedürfnissen. Die Würde und Unversehrtheit jedes einzelnen Menschen muss unantastbar sein.

„Es gibt nicht die homogene Mehrheitsgesellschaft und darunter die Minderheiten, die in ihr aufgenommen werden wollen. Wir sind alle Mehrheit und wir sind alle Minderheit, jeder von uns hat Merkmale, die uns strukturell privilegieren und welche, die uns benachteiligen. Eine Gesellschaft kann Diskriminierungen nur überwinden, wenn jeder auch in einem gewissen Maß bereit ist, sich den Perspektiven zu öffnen.“

(Johannes Kram, Autor und Blogger 2018)

Wer bildet die diverse Gesellschaft?

In der Einleitung ist das Thema „Superdiversität“ von Metropolen wie Hamburg bereits angesprochen worden. Leider empfinden nicht alle die Vielfalt als Bereicherung und Chance. Das Bewusstsein dafür, was und wer diese Diversität ausmacht und wie stark einzelne Gruppen Diskriminierungen ausgesetzt sind, ist entscheidend, wenn wir Maßnahmen planen und Antidiskriminierungsstrategien entwickeln. Der Diversitätsansatz nimmt außer den migrantischen und postmigrantischen Menschen weitere gesellschaftliche Gruppen in den Blick. Genauso von Diskriminierung betroffen sind Lesben, Schwule und Bisexuelle sowie inter- und transgeschlechtliche Menschen (LSBTI*). Aber auch Senioren und Seniorinnen, Menschen mit Behinderung, obdachlose Menschen und religiöse Menschen wie Muslime und Musliminnen und Juden und Jüdinnen erleiden Feindseligkeit und Ausgrenzung.

Diese Liste ließe sich noch weiter fortführen. Das macht deutlich, wie wichtig grundlegende Strategien sind, um Diskriminierung, Vorurteile und Ressentiments abzubauen und den gemeinsamen Nenner zu betonen, auf dessen Basis wir

Die Gleichstellung von LSBTI*-Personen ist in den letzten Jahren stärker ins Bewusstsein gerückt. Unter Federführung der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung (BWFG) ist der „Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ entwickelt worden und im Januar 2017 in Kraft getreten. Er zielt auf die Lebenslagen, Bedarfe und Bedürfnisse der Zielgruppe ab und ist ganzheitlich und lebensweltlich ausgerichtet. Gerade für die Entwicklung von Jugendlichen ist der offene, akzeptierende und wertschätzende Umgang mit diesem Thema von enormer Bedeutung, damit sie ihr Selbstbewusstsein gut ausbilden können und nicht das Gefühl haben, als sei mit ihnen etwas nicht in Ordnung und als müssten sie etwas verbergen. Gelingt dieser positive Umgang flächendeckend, wird ein Belastungsfaktor im Jugendalter minimiert, der sich auf Suizidraten und psychische Erkrankungen, aber auch auf das Radikalisierungsrisiko auswirken kann.

Die **Generation 60plus** ist heute nach sozialem Status, Gesundheitszustand, sozialen Kontakten, Neigungen, sexuellen und geschlechtlichen Orientierungen, ihren Bedürfnissen und Bedarfen ein Abbild unserer vielfältigen Gesellschaft. Diese Generation setzt sich zunehmend ethnisch und kulturell diverser zusammen – sie ist keine homogene Gruppe mehr. Die Themen Altersarmut, Vereinsamung und Segregation betrifft potentiell alle Senioren.

Die Einwanderer und Einwanderinnen der ersten Generation bleiben im Alter oft bei ihren Familien, die ihren Lebensmittelpunkt meist in Hamburg sehen. Diese Tatsache

ist bei der Ausrichtung und Weiterentwicklung der Angebote für die Senioren und Seniorinnen zu berücksichtigen. Im Alltag der eingewanderten Menschen kommen die ersten Ansprechpersonen in der Regel aus dem eigenen Kulturkreis: Ehepartner und Ehepartnerinnen, Kinder, Schwiegerkinder, Verwandte, Freunde und Freundinnen, Bekannte und Nachbarn und Nachbarinnen. Eingewanderte Senioren und Seniorinnen neigen im Alter dazu, sich in ihre ethnischen Gruppen zurückzuziehen. Die vertraute Muttersprache gewinnt im Alter wieder an Bedeutung. Dies kann zum Verlust der oft nur rudimentär erlernten deutschen Sprache führen. Grundsätzlich ist jedoch zu beobachten, dass die familiären Strukturen und Netzwerke nicht mehr alle Bedarfe auffangen können. Die jungen Frauen gehen vermehrt einer Erwerbstätigkeit nach und können und wollen die ihnen traditionell zugeordnete Rolle in der Familie nicht mehr ausfüllen. Oft müssen sie einen schwierigen Spagat zwischen familiären Ansprüchen der Generation 60plus und den kulturellen Erwartungen einerseits und der Organisation ihres eigenen Erwerbs- und Familienlebens und ihrer Karriereplanung andererseits vollbringen.

ERFAHRUNGSBERICHTE DISKRIMINIERUNG

Geschlecht: männlich
Alter: 53 Jahre

Als ich ehemals obdachlos war und auf der Straße lebte, ist eines Nachts Folgendes passiert: Vier Jugendliche kamen, vermutlich nach einer Party, an meinem Schlafplatz vorbei. Sie blieben vor mir stehen und ich hörte einen von ihnen sagen:

„Guckt mal, schon wieder so ein Penner! Lasst mal sehen, was passiert, wenn wir ihm in den Rücken treten!“ Als nächstes fühlte ich einen massiven Schmerz im Rücken. Ich hab versucht aus meinem Schlafsack zu kommen, damit ich mich wehren kann.

In dem Moment kam eine Fußstreife der Polizei vorbei, das war mein großes Glück, denn wer weiß was sonst noch passiert wäre, wenn die Polizei nicht zufällig an Ort und Stelle gewesen wäre. Der Schmerz war zwar relativ bald weg, aber das Erlebnis wird mich nie wieder loslassen.

In eingewanderten Familien verändern sich die bisher gewohnten intergenerativen Familienstrukturen zunehmend hin zu klassischen Kleinfamilien. Auch dies vermindert familiäre Pflegepotentiale. Dadurch entstehen neue Anforderungen und Aufgaben für die ambulante, teilstationäre und stationäre Altenhilfe. Künftige Angebote müssen der Heterogenität der zugewanderten Bevölkerungsgruppen und deren individuellen sprachlichen, ethnischen und religiösen Hintergründen und Bedürfnissen Rechnung tragen – und dazu natürlich, wie bei Einheimischen auch, den Bedürfnissen unterstützungsbedürftiger älterer Menschen, die sich aus dem individuell gewählten Lebenszusammenhang ergeben. Die Maxime der öffentlich geförderten Angebote sollte die Wahrnehmung und der respektvolle Umgang mit dem

Individuum und seinen Bedürfnissen sein. Der Balanceakt zwischen dem wirtschaftlichen Einsatz öffentlicher Mittel und individueller Ansprache ist die Aufgabe der Bezirksverwaltung. Das Thema Senioren und Seniorinnen und Senioren- und Seniorinnenbeteiligung ist in den Fachämtern Sozialraummanagement (Offene Senioren und Seniorinnenarbeit und Mitwirkung nach dem Hamburgischen Seniorenmitwirkungsgesetz) und Gesundheit (Pflegeeinrichtungen, Wohn-Pflegeaufsicht, Senioren- und Seniorinnenberatung), sowie im Fachamt für Grundsicherung und Soziales angesiedelt. Die ständige Weiterentwicklung der Schnittstellenkooperation ist eine permanente Aufgabe, für die es eine ausreichende Ressourcenausstattung braucht. Ebenfalls zu beachten ist, dass Senioren nicht nur Bedarfe sondern auch Potentiale haben. Deshalb ist die Initiierung von generationsübergreifenden Projekten und Maßnahmen sinnvoll, um dies Potentiale auszuschöpfen.

Obdachlose Menschen sind zwar sichtbar im Stadtbild, ihnen wird aber gesellschaftlich fast keine eigene Rolle zugestanden. Echte Inklusion bedeutet, dass jeder hier lebende Mensch ein Teil dieser Gesellschaft ist und somit in den Blick genommen werden muss, wenn es um Möglichkeiten der Partizipation geht. Diese Personengruppe bedarf aufgrund ihrer besonderen Lebenssituation und den Widrigkeiten, die diese mit sich bringt, besonderer Ansprachen und anderer Informationsvermittlung. Wichtig ist vor allem, dass sie sich ausdrücklich angesprochen und aufgefordert fühlen, zu partizipieren.

Das Bezirksamt verpflichtet sich dazu, Diskriminierungen zu Lasten von **Menschen mit Behinderung oder chronischer Krankheit** abzubauen. Dazu hat sich im November 2017 der bezirkliche „Beirat für Menschen mit Behinderung in Altona“ konstituiert. Er vertritt die Interessen aller im Bezirk lebenden Menschen mit Behinderungen oder chronischer Krankheit und deren Angehöriger. Der parteipolitisch neutrale und konfessionell nicht gebundene Beirat soll das Bezirksamt und die Bezirkspolitik bei der Umsetzung der Inklusion von Menschen mit Behinderung oder chronischer Krankheit beraten und die Umsetzung der „inkluisiven Maßnahmen“ einfordern. Außerdem soll er Ansprechpartner für behinderte oder chronisch kranke Menschen einerseits und Politik, Institutionen und anderen Anlaufstellen andererseits sein und gegebenenfalls zwischen ihnen vermitteln; Kontakt zu Parteien, Behinderten- sowie Nichtbehindertenorganisationen halten; aktiv zu einer behindertengerechten Kommunalpolitik beitragen; Informationsveranstaltungen und Aktionen planen und durchführen und dabei die im Bezirk verantwortlichen Parteien sowie Schwerbehindertenverbände und Vereine aus dem Bezirk Altona einbeziehen.

Er soll die aktive Beteiligung der Menschen mit Behinderung oder chronischer Krankheit am sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unterstützen, seine Mitwirkungsrechte in allen behinderungsrelevanten Bereichen nutzen und die Beziehung zwischen Menschen mit und ohne Behinderung oder chronischer Krankheit verbessern sowie die Entwicklungsprozesse von Menschen mit Behinderung

oder chronischer Krankheit fördern. Das Thema Religiosität gewinnt in der derzeitigen Gesellschaft an Bedeutung. Religion hat das Potential für Diskriminierung (etwa von Frauen und Juden und Jüdinnen oder der LSBTI*-Community); sie löst bei manchen Bürgerinnen und Bürgern Sorgen und Ängste aus, die in Islamophobie oder Antisemitismus münden können. Die Errungenschaft der Trennung von Kirche und Staat muss erhalten bleiben. Zugleich muss dem Bedürfnis vieler Menschen nach Spiritualität und Religiosität die nötige Freiheit gewährt werden.

Gerade Jugendliche, die in ihrer Findungsphase Fragen zum Thema Religion haben, müssen ernst genommen werden in diesem Bedürfnis – etwa durch die Auseinandersetzung mit dem Thema in den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Es ist für die Gestaltung einer diversen Gesellschaft kontraproduktiv, das Thema einfach auszuklammern – dann würden andere Kräfte die Lücke für sich ausnutzen und Menschen im schlimmsten Fall für demokratiefeindliche Ideologien gewinnen. Der offene und nicht-diskriminierende Umgang mit dem Thema Religiosität kann Jugendliche und religiöse Menschen vor menschenfeindlichen Verzerrungen ihrer Religion schützen und so die Demokratie stützen; die Säkularität des Staates darf keinesfalls in Frage gestellt werden.

Religion ist und bleibt Privatsache, und niemand kann erwarten, dass Andere ihr Verhalten entsprechend seiner religiösen Überzeugungen ausrichten. Die hier aufgezählten Gruppen der Gesellschaft sind natürlich nicht voneinander abzugrenzen, denn Diversität umfasst noch darüber hinausgehende weitere Facetten des Menschseins. Aber die hier aufgeführten sind diejenigen, die aktuell am offensichtlichsten von Diskriminierung, Ablehnung und Ausgrenzung betroffen sind.

Frauen als strukturell benachteiligte Gruppe

Es ist inzwischen belegt und Gegenstand politischer Diskussionen, dass Frauen nach wie vor gesellschaftlich-strukturell Ungleichheiten ausgesetzt sind. Mangelnde Teilhabe und Partizipationsmöglichkeiten führen zu konkreten Benachteiligungen bei z. B. Arbeitsplatz- und Wohnungssuche. Alleinerziehende Frauen arbeiten häufig in weniger qualifizierten Berufen oder erfahren Benachteiligungen in höherwertigen Stellungen durch die kinderbedingte Inflexibilität. Geringere Einkommen sowie das damit einhergehende Armutsrisiko und erhebliche Benachteiligungserfahrungen in verschiedenen Lebensbereichen führen zu sichtbaren Einschränkungen in ihrer jeweils individuellen Lebensgestaltung. Gleiches gilt für ihre Kinder. Man geht davon aus, dass ca. 20% aller Kinder von Armut bedroht und somit gefährdet sind, an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden. Das Leben traditioneller Geschlechterrollen in Partnerschaften und Ehen trägt dazu bei, dass Männer das Haupteinkommen verdienen und die

Frau lediglich zur Aufstockung des Familieneinkommens beiträgt. Viele Frauen wählen eine längere Familienzeit für Kindererziehung oder auch für die Pflege bedürftiger Elternteile. Sie arbeiten zudem häufig nur in Teilzeit oder in einem Minijob. Dies kann dazu führen, dass, weniger für die gesetzliche Rente angespart und somit die finanzielle Abhängigkeit vom Partner oder der Partnerin zementiert wird. So ist auch Altersarmut ein Thema, das viele Frauen betreffen kann, nachdem sie aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Wenn sich beide Elternteile die Elternzeit hälftig teilen, muss keiner lange aus dem Beruf aussteigen. Dieses Modell zu fördern und zur Normalität werden zu lassen, ist ein wichtiger Ansatzpunkt.

„Das neue Hamburgische Gleichstellungsgesetz (HmbGleiG) dient der Verwirklichung des verfassungs-rechtlichen Gebots der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, das sich im Wesentlichen aus dem Grundgesetz (GG) sowie aus der Verfassung der FHH ergibt. Artikel 3 Absätze 2 und 3 GG verbietet es, ohne hinreichenden Grund Menschen wegen ihres Geschlechts zu benachteiligen oder zu bevorzugen. Das Geschlecht darf grundsätzlich nicht zum Anknüpfungspunkt und zur Rechtfertigung für rechtliche Ungleichbehandlungen benachteiligender oder bevorzugender Art herangezogen werden. Dies gilt nicht nur für einzelne Maßnahmen und Handlungen, sondern auch für Gesetze und andere Rechtsvorschriften. Das Bezirksamt Altona ist der Aufgabe verpflichtet, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern. Die unterschiedlichen Interessen und Lebenswirklichkeiten von Frauen und Männern sind in allen Bereichen der behördlichen Arbeit zu berücksichtigen. Nur wenn die jeweiligen Unterschiede Berücksichtigung finden, kann Diskriminierung vermieden werden.“

(Quelle: Gleichstellungsplan 2017 bis 2020 des Bezirksamt Altona)

Was ist gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und wieso ist sie ein gesamtgesellschaftliches Problem?

Die Bundeszentrale für politische Bildung definierte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 2018 folgendermaßen:

„Immer dann, wenn Menschen aufgrund eines oft einzigen gemeinsamen Merkmals in Gruppen eingeteilt und diese

abgewertet und ausgegrenzt werden, spricht man von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. (...) Als gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bezeichnen wir abwertende und ausgrenzende Einstellungen gegenüber Menschen aufgrund ihrer zugewiesenen Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe. Eine in diesem Sinne menschenfeindliche Haltung kann sich auch in ausgrenzender oder sogar gewalttätiger Handlung zeigen oder Einfluss auf die Gestaltung von diskriminierenden Regeln und Prozessen in Institutionen und den Aufbau von diskriminierenden Strukturen haben.“

Ablehnung aufgrund einer Gruppenzugehörigkeit löst meist Rückzug aus – entweder in Parallelgesellschaften oder, vereinzelt, auf extremere Positionen. Der Wunsch nach Zugehörigkeit ist uns Menschen inhärent, also sucht man sich bei Ablehnung aufgrund angeblicher Gruppeneigenschaften andere Möglichkeiten, um Zugehörigkeits- und Selbstwirksamkeits-Erfahrungen zu machen. Dies wiederum kann von Kräften ausgenutzt werden, die radikalere Einstellungen haben und antidemokratische Interessen verfolgen. Dies kann Rechtsradikalismus ebenso wie Linksradikalismus oder religiös motivierte Radikalisierung sein.

Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Hamburg spricht von einem Anstieg an Übergriffen rechtsmotivierter Art in 2018. Diese Information sei aber nur die Spitze des Eisberges, es muss von einer viel höheren Dunkelziffer ausgegangen werden. Diese Aussage beschreibt eine gesellschaftliche Realität. Um dem etwas entgegen zu setzen, gilt es zivilgesellschaftliche Akteure zu aktivieren, zusammenzubringen, Statements zu setzen, aktiv und strukturell Vorurteile abzubauen und Diskriminierung entgegenzuwirken. Wann immer ein Signal gegen Rassismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im Innen und im Außen gesetzt wird, fühlen sich Betroffene weniger allein.

Die Demonstration von Solidarität ist dafür entscheidend. Und sie ist im Interesse aller, um eine Radikalisierung als Reaktion auf Diskriminierung zu verhindern. Verschiedene Studien kommen zum Ergebnis, dass es einen kausalen Zusammenhang zwischen negativen Erfahrungen in verschiedenen Lebensbereichen – etwa Diskriminierung, Entfremdung und Marginalisierung – und Radikalisierung gibt. Diese zu vermeiden ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – sie benötigt eine zivile Bewegung genauso wie eine entsprechende politische und strukturelle Ausrichtung staatlicher Institutionen.

Was befördert gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit?

Aspekte wie soziale Ungerechtigkeit, mangelnde Teilhabechancen, aber auch subjektive Ängste und Unsicherheiten sind dem Phänomen sehr zuträglich. Die mediale Berichterstattung formt das Bild des Bürgers und der Bürgerin über die Verhältnisse in der Gesellschaft nicht unerheblich. Wer sich also nicht die Mühe macht, Berichterstattung differenziert zu betrachten und kritisch zu hinterfragen, kann schnell ein einseitiges Bild gesellschaftlicher Entwicklungen bekommen. Dasselbe gilt erst Recht, wenn man die Medien pauschal ablehnt („Lügenpresse“) und sich nur noch über die Sozialen Medien „informiert“. Die Strategie im Rechtspopulismus ist vor allem auf die Social-Media-Kanäle ausgelegt. Die Sprache ist moderat und seriös, anders als in den Kommentaren. Es wird ein bürgerliches Publikum bedient.

Die Themen werden so gewählt, dass sie Emotionen auslösen – in der Regel Empörung. Vor allem die Plattform Instagram hat seit ihrer Gründung 2010 enorm an Bedeutung gewonnen und gehört heute auch in Deutschland zu den meistgenutzten Diensten des Social Web. Insbesondere bei Jugendlichen ist sie sehr beliebt und wird vor allem mobil stark genutzt. In Folge der gestiegenen Bedeutung der Plattform sind auch Rechtsextreme darauf aufmerksam geworden und bauen Instagram zunehmend in ihre Propagandastrategie ein. Auch von Islamisten und Islamistinnen wird Instagram instrumentalisiert, um insbesondere junge User an ihre Ideologie heranzuführen. Dafür nutzen sie harmlos wirkende Profile oder schön inszenierte Alltagsbilder. Da die Sozialen Medien eine erhebliche Reichweite in alle Teile der Bevölkerung haben, sind sie als gestaltende Kraft sehr ernst zu nehmen. Besonders kritisch dabei ist, dass der Algorithmus des Dienstes die einseitige Indoktrination durch automatisierte Inhaltsvorschläge verstärken kann.

Was kann man dagegen tun?

Als erstes ist es erforderlich, einen Konsens herzustellen – und zwar zwischen so vielen Akteuren und Akteurinnen wie möglich, sowohl aus der Zivilgesellschaft als auch aus Politik und Wissenschaft. Möglichst viele müssen sich darauf verständigen, eine gemeinsame Haltung gegen Diskriminierung und Ausgrenzung einzunehmen. Die angestrebte „Altonaer Deklaration“ (siehe weiter unten) kann eine gute Grundlage für eine gemeinsame Strategie zum Abbau von Vorurteilen sein. Es ist an jedem Einzelnen, Diskriminierung zu begegnen und scheinbare Argumente zu entkräften. Dafür muss jeder und jede in seiner und ihrer Zivilcourage aktiviert und gestärkt werden, um sich für Andere stark zu machen.

Dabei hilft es nur bedingt, Zahlen und Fakten zu kennen. Sicherlich ist es hilfreich, wenn man sich auf Statistiken beziehen kann, die beispielsweise den vermeintlichen Anstieg von „Ausländer- und Ausländerinnenkriminalität“ differenzieren und einordnen, um so subjektiven Gefühlen

der Unsicherheit zu begegnen. Es braucht aber vielmehr ein sachliches und souveränes Auftreten in Diskussionen, um populistische Argumentation zu entlarven und zu entkräften. **Die Entwicklung von Antidiskriminierungsstrategien soll in der Folge zu diesem Positionspapier auf den Weg gebracht werden.**

In den Organen und den Institutionen im Bezirk muss sich die Vielfalt der Gesellschaft spiegeln; alle Gruppen müssen sich repräsentiert und vertreten fühlen. Das stärkt das gesellschaftliche Zugehörigkeits- und Vertrauensgefühl aller und ebenso die interkulturelle Kompetenz aller handelnden Personen. Das Gefühl des Willkommenseins befördert, gerade in schwierigeren Kontexten, die Kooperationsbereitschaft. In vielen Bereichen, zum Beispiel den Einrichtungen zur Stadteilkultur sind die Öffnungsprozesse bereits vollzogen oder finden aktuell statt.

Dieser dynamische Prozess ist nie abgeschlossen; seine Herausforderungen müssen im Zusammenspiel aller Akteure und Akteurinnen reflektiert und gemeistert werden. Schulungen sind flächendeckend vorzuhalten und Multiplikatoren und Multiplikatorinnen zu stärken. Wie bereits in der Einleitung erwähnt, wird der Umgang mit Diversität immer entscheidender und somit zu einer beruflichen wie auch gesellschaftlichen Schlüsselkompetenz.

Das soll hier am Beispiel einer Frau verdeutlichen, die sich zum Tragen eines Kopftuchs entschieden hat. Bewirbt sie sich, mit entsprechender Qualifikation, auf eine Stelle in der Verwaltung, die nicht nur Publikumsverkehr, sondern auch repräsentative Aufgaben in der Öffentlichkeit mit sich bringt, kann dies auf Vorbehalte stoßen und zu Diskussionen führen. Viele Menschen sind der Ansicht, das Kopftuch sei ein Symbol für die Unterdrückung und Ungleichbehandlung der Frau – und/oder ein Bekenntnis zu einer extremen Auslegung des Islam. Würde diese Frau die Stelle aufgrund des Kopftuchs nicht bekommen oder gar nicht erst zum Vorstellungsgespräch eingeladen, wäre das diskriminierend und würde sie der Möglichkeit zur Selbstentfaltung und Unabhängigkeit berauben. Erhält sie hingegen aufgrund ihrer Qualifikation und ungeachtet des Kopftuchs die Zusage für die gewünschte Stelle ist das ein ermutigendes Signal für viele andere Frauen und junge Mädchen, die sehen, dass ein bestimmter kultureller oder religiöser Hintergrund kein Hindernis für sie darstellt. Sie können sich mit ihr identifizieren und fühlen sich im Öffentlichen Dienst repräsentiert. Dies stärkt ihr Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft.

Es kann auch durchaus sinnvoll sein, interkulturelle Kompetenz als Bewertungskriterium bei allen öffentlichen Stellenausschreibungen als „erwünscht“ oder gar als „Voraussetzung“ einzuführen. Auch ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren bis zur Festlegung, wer zum Bewerbungsgespräch eingeladen wird, ist eine gute Möglichkeit, Chancengleichheit zu erzeugen.

„Insbesondere Frauen mit Kopftuch haben mit Vorurteilen und Barrieren am Arbeitsmarkt zu kämpfen. Viele Arbeitgeber haben sie als Fachkräfte noch nicht erkannt. Nicht nur aus Gründen des drohenden Fachkräftemangels muss sich dies dringend ändern. Schließlich bringen viele zugewanderte Frauen wertvolle berufliche Qualifikationen und Potenziale mit. Indem ihnen der Zugang zu einer qualifizierten Beschäftigung ermöglicht wird, wird ihre Teilhabe an der Gesellschaft verbessert, der Zusammenhalt gestärkt, werden Vorbilder geschaffen und die Sozialsysteme entlastet. Arbeit und Lohn ermöglichen nicht nur ökonomisch ein selbstbestimmtes Leben. Arbeit bereichert, sie stiftet Sinn und bringt Austausch und Kommunikation mit anderen. Arbeit verbindet uns und schafft gemeinsame Werte.“
(Petra Lotzkat, BASFI 2018)

Bei allen Maßnahmen und Projekten, die entwickelt werden sollen, ist darauf zu achten, dass Stigmatisierungen vermieden werden. Insbesondere Jugendliche reagieren sensibel auf die Zuschreibungen und Unterstellungen, die z.B. durch Anti-Radikalisierungs-Programme für bestimmte Gruppen automatisch transportiert werden. Es ist besser, die Programme so anzulegen, dass die Schutzfaktoren der Adressaten gefördert werden. Die Initiierung einer zivilen Bewegung als Gegenentwurf zu Populismus und Diskriminierung muss auf der lokalen Ebene ansetzen. Altona bietet dafür, wie eingangs erwähnt, beste Voraussetzungen. Aufgrund der Bevölkerungsstruktur im Bezirk kann bereits auf fundierte Erfahrungen im Umgang mit Diversität zurückgegriffen werden. Im Folgenden soll auf die Möglichkeiten zur Entwicklung von Antidiskriminierungsstrategien auf Quartiersebene, also im „Sozialraum“ eingegangen werden.

Ein mögliches Konzept für den Sozialraum

Unter „Sozialraum“ versteht man die Gesamtheit der Orte, an denen Menschen sich regelmäßig aufhalten und mit anderen Menschen interagieren – von der eigenen Wohnung und dem Treppenhaus über den Supermarkt und den Sportplatz bis zum Arbeitsplatz, der Grünanlage und dem Café. Hier manifestieren sich gesellschaftliche Entwicklungsprozesse.

Dieses Positionspapier schlägt angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen vor, die Einrichtungen der sozialen Infrastruktur (z.B. Stadteilkulturmanagement, Stadteilkultureinrichtungen, offene Kinder- und Jugendarbeit) in den Quartieren stärker miteinzubeziehen und zu motivieren auf der lokalen Ebene die Bürger zu aktivieren.

Bevor ein Konzept für Antidiskriminierungsstrategien im

Sozialraum skizziert wird, soll die Haltung erörtert werden, aus der heraus dies geschehen soll. Diese Haltung soll nicht defizitorientiert sein, sondern den Blick auf Ressourcen der Adressaten und Adressatinnen richten. Es soll nicht nur danach geschaut werden, welche Strukturen und Ressourcen fehlen, sondern darauf, was der und die Einzelne zu einem friedlichen Zusammenleben und zum Zusammenhalt im Quartier beitragen kann. Eine solche Perspektive betont die Verantwortung des Individuums. Die Leitfrage wäre demnach: Was kann jeder und jede Einzelne für sein / ihr Quartier tun – also dafür, dass es ihm / ihr und den Menschen, mit denen er / sie zusammenlebt, in ihrem Lebensbereich ganz konkret besser geht?

Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung

Viele Menschen, darunter auch viele Geflüchtete, sind noch von gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten in verschiedenen Bereichen ausgeschlossen. Das soll sich ändern. Die Förderung eines inklusiven, nachhaltigen Miteinanders ist ein komplexer, langwieriger Prozess, den es zu moderieren, strukturieren und begleiten gilt. Das Ziel ist eine zielgruppenübergreifende, langfristige Arbeit mit allen Menschen vor Ort. Es sollen Möglichkeitsräume für Selbsthilfe, Teilhabe und Demokratieentwicklung geschaffen und ausgebaut werden. Dabei kommt der verbesserten Kommunikation und der Entwicklung gemeinsamer Zukunftsvisionen eine bedeutende Rolle zu.

Gemeinwesenarbeit hat die Aktivierung und Förderung der lokalen, sozialen und nachbarschaftlichen Netzwerke zum Ziel, damit unter Beteiligung der Bewohner und Bewohnerinnen die Lebensqualität im Quartier gesteigert wird. Dies bezieht sich vor allem auf die Infrastruktur und die immateriellen Faktoren des Zusammenlebens wie Teilhabe, Nachbarschaftshilfe und Solidarität. Vor allem müssen die Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten der im Quartier Wohnenden verbessert werden. Dazu können Mittel wie Stadtteilkonferenzen, aber auch gemeinsame Feste und Aktionen dienen.

„Auch methodisch arbeitet die Gemeinwesenarbeit integrativ, indem sie die klassischen Methoden sozialer Arbeit wie Einzel- und Gruppenarbeit mit Formen politischen Handelns, soziokulturellen Ansätzen, Entwicklung lokaler ökonomischer Strukturen und Sozialforschung verbindet. Gemeinwesenarbeit trennt die Lebensverhältnisse der Menschen und die damit verbundenen Problemlagen und Interventionen nicht in Einzelbereiche auf (hier Freizeit, dort Wohnen, da Gesundheit bzw. entweder individuelle Sozialberatung oder kollektiver Protest beim Sozialausschuss), sondern vertritt eine ganzheitliche Betrachtungs- und Vorgehensweise. Die Orientierung an der Lebenswelt der AdressatInnen und damit an den Themen, die den BewohnerInnen wichtig sind, ist zentral. Konkret bedeutet

dies für die professionellen AkteurInnen, Vorgehensweisen gemeinsam mit Menschen in ihren jeweiligen Lebensräumen zu konzipieren.“

(Stövesand: S. 133, 2007)

Sozialraumorientierung bedeutet nicht, den Menschen zu ändern, sondern Möglichkeiten zu schaffen, damit er seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechend handeln kann. Der Mensch wird nicht isoliert, herausgelöst aus seinem sozialen Umfeld, betrachtet, sondern in seiner Lebenswelt mit seinen verschiedenen Sozialräumen. Dabei ist das soziale Umfeld aber kein starrer Rahmen, denn der Mensch konstruiert aktiv seinen sozialen Raum.

Die Idee des Sozialraums hat verschiedene Ebenen. Auf der **ersten Ebene** bedeutet „Sozialraum“ die konkrete Lebenswelt, in der sich ein Individuum aufhält und mit gestaltet. Der Sozialraum entsteht durch die Interaktion von Menschen, wobei er sich für jedes Individuum und in jeder Situation anders darstellt und anfühlt. Der Sozialraum eines / einer 14-jährigen Jugendlichen umfasst zum Beispiel verschiedene Orte wie Schule, Schulweg, Jugendtreff, Sportplatz, Kaufhaus, informelle Treffpunkte wie Kioske, Parks und Halfpipes, aber auch virtuelle Räume wie Computerspiele und Instagram. Die sozialen Beziehungen an diesen Orten spielen dabei eine wesentliche Rolle in seiner / ihrer Lebenswelt.

Betrachtet man – **zweite Ebene** – den Sozialraum als Steuerungsgröße der Sozialverwaltung, dann sind sozialgeographische Daten wie Altersstruktur etc. relevante Größen, die der Stadtplanung, Stadtentwicklung und Sozialplanung dienlich sind und für die Budgetierung und Mittelzuweisung eine Rolle spielen.

Die Träger der sozialen Infrastruktur haben – **dritte Ebene** – den Auftrag, den Sozialraum zu organisieren. Sie orientieren sich dabei in der Regel an den eigenen Wertesystemen, aber auch an den Vorgaben der Politik und der Verwaltung. Auf dieser Ebene ist der Sozialraum das Feld für Analyse und Maßnahmenplanung sowie für Kooperation und Vernetzung.

Die Prinzipien der Sozialraumorientierung:

- Orientierung am Willen der Menschen
- Aktivierung und Selbsthilfe
- Empowerment, Partizipation und Selbstorganisation
- Konzentration auf die Ressourcen (der Menschen und des Sozialraums)
- Bereichsübergreifende Sichtweise
- Kooperation und Koordination

Gelingt es, die Bewohner und Bewohnerinnen aller Generationen im Quartier zu aktivieren und mit ihnen gemeinsam ihre Themen zu bearbeiten, steigen die Selbstwirksamkeitserfahrungen und somit auch das

Zugehörigkeitsgefühl zum Stadtteil. Dieses Zugehörigkeitsgefühl und die Identifikation ist die Grundlage zur Verbesserung der Umstände und zur konstruktiven Konfliktlösung im Quartier. Das damit einhergehende demokratische Verständnis wächst und befähigt vor allem Jugendliche dazu, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden und einzunehmen.

„In einem so großen Gemeinwesen wie Hamburg ist das große Identifikationspotential der Quartiere und damit auch deren hohe sozialintegrative Kraft von weitreichender Bedeutung. Dies bedeutet zugleich aber auch, dass jede Veränderung der vertrauten Strukturen von Bewohnerinnen und Bewohnern sensibel wahrgenommen wird. Verunsicherung, gesellschaftliche Spannungen und Konflikte äußern sich eben auch im Quartier unmittelbar.“
(HIK, Seite 94)

Viele Menschen sind erschweren Lebensbedingungen ausgesetzt: Armut und Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Diskriminierungserfahrungen, soziale Ungerechtigkeit und so weiter. Diese Belastungen sind ein Risiko für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, aber auch für Erwachsene. Das erfolgreiche Bewältigen belastender Situationen und Lebensumstände ist das zentrale Merkmal von Resilienz. Der Begriff „Resilienz“ stammt aus dem Englischen (resilience) und kann mit Widerstandsfähigkeit übersetzt werden. Der Begriff meint die Fähigkeit, mit belastenden Situationen umzugehen, ohne aus dem Gleis zu geraten. Durch Mitwirkungsprozesse wird nicht nur der Zusammenhalt der im Quartier lebenden Menschen verbessert, auch die individuelle Resilienz kann durch die positiven Erfahrungen in einem gelingenden Gemeinwesen gesteigert werden. Damit werden Jugendliche weniger anfällig für Radikalisierungsversuche jeder Art. Wer sich als gestaltungsfähig und dieser Gesellschaft zugehörig fühlt, ist weniger geneigt, in Subkulturen oder alternative Lebensräume abzutauchen.

Steigert man seine Resilienz durch persönliche und kollektive soziale Erfahrungen, wächst die Chance, Krisen zu überstehen. Außerdem profitiert die Gemeinschaft von der Stärkung des Individuums und umgekehrt – wenn es Partizipationschancen für alle gibt. Neben den oben genannten Prinzipien der Gemeinwesenarbeit gilt es vor allem, die Stärken der Menschen im Quartier zu nutzen. Dabei sollte weniger im Vordergrund stehen, was das Quartier für das Individuum tut, als die Frage, was die einzelnen Bewohner und Bewohnerinnen zu einem guten Zusammenleben im Quartier beitragen können. Eine Leitfrage für alle Bewohner und Akteure des Quartiers könnte sein: „Was bringen wir mit? Was können wir beitragen zum Zusammenleben in Vielfalt in Altona?“

Die Stärken der Bewohnerinnen und Bewohner sollten, im Rahmen von moderierten Prozessen identifiziert und benannt werden, damit die Menschen sich ermutigt fühlen, ihren Nachbarn und Nachbarinnen diese Stärken anzubieten. Das

kann alles sein – vom offenen Ohr bei bestimmten Themen bis hin zum Verleihen von Werkzeug oder dem Helfen bei kleinen handwerklichen Tätigkeiten oder körperlich anstrengenden Aufgaben. Das könnten selbstorganisierte Spielangebote für die Kinder im Quartier oder eine Hausaufgabenhilfe sein, oder kleine Dienste wie das Mitnehmen älterer Nachbarn und Nachbarinnen im Auto, wenn man ohnehin seinen eigenen Einkauf tätigt. Solche Hilfeleistungen bringen die Bewohnerinnen und Bewohner im Alltag etwas näher zueinander und helfen dabei, Vorurteile und Ressentiments abzubauen. Dies ist besonders in Quartieren wichtig, in denen sich ein Höchstmaß an Diversität feststellen lässt. Es geht aber nicht nur darum, sich zu begegnen – es geht auch darum, sich zu verbünden. Gemeinsame Feste sind wichtig für die Stimmung und somit für ein positives Klima im Quartier, aber es ist auch wichtig, gemeinsam reaktionsfähig zu sein, wenn es um weniger positive Dinge geht wie Konflikte zwischen Nachbarn und Nachbarinnen oder Forderungen an die Politik. Wenn in „Friedenszeiten“ tragfähige Strukturen entstehen, sind diese auch abrufbar, um in schwierigen Zeiten gemeinsame Problemlösungsstrategien zu entwickeln.

Am Beispiel der gelungenen Konfliktlösung im Quartier rund um das Haus Drei in Altona-Altstadt soll dies verdeutlicht werden: Im Jahr 2012 formierte sich die sogenannte „Altonaer Gruppe“. Jugendliche im Quartier fühlten sich von der Polizei stigmatisiert; der Konflikt zwischen den Jugendlichen und der Polizei schaukelte sich hoch. In beispielhafter Weise setzten sich damals Eltern, Nachbarn und Nachbarinnen und Institutionen im Quartier gemeinsam mit den Jugendlichen an einen Tisch und gründeten das sogenannte Dialogforum, um den Konflikt zu lösen. Die Jugendlichen wurden in ihrem Wunsch nach eigenen Räumlichkeiten unterstützt und dabei eng durch die Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen der offenen Kinder- und Jugendarbeit (des Haus Drei) und des Jugendamtes Altona begleitet. Immer wieder kam es im Quartier auch zu Anwerbungsversuchen der salafistischen Szene unter Jugendlichen. Im Juli 2015 wurde die Beratungsstelle Legato eröffnet, die eng mit den elterlichen Betreuern und Betreuerinnen der Altonaer Gruppe zusammenarbeitete. Dort wurden religiös radikalisierte Jugendliche betreut, die aussteigen wollten.

Die im Stadtteil vorhandenen Strukturen konnten also schnell und auf konstruktive Weise vernetzt und nutzbar gemacht und der „Frieden“ im Quartier wiederhergestellt werden. Das war eine Leistung der im Quartier ansässigen Bewohner und Bewohnerinnen sowie der dort vorhandenen Institutionen. Darauf können sie nicht nur stolz sein, sondern auch zurückgreifen, wenn es erforderlich ist. Die so erfahrene Stärkung der Gemeinschaft soll in der Umsetzung dieses Positionspapiers weiter ausgebaut und vorangetrieben werden – etwa durch Kampagnen gegen Diskriminierung jeder Art. Dieses gesamtgesellschaftlich relevante Thema kann auf der

Mikroebene eines Quartiers mit Aktionen und entsprechender Kommunikation nach innen und auch nach außen angegangen werden. Um das Handlungsspektrum der positiven Bewältigungsstrategien von Krisen und Konflikten im Quartier zu erweitern, soll im nächsten Punkt der Ansatz der Demokratiepädagogik beleuchtet werden. Um dies zu verdeutlichen, werden im Folgenden verschiedene Ansätze wie die Demokratiepädagogik und die Friedenspädagogik als Methoden skizziert, um die Aktivierungsprozesse in den Quartieren nachhaltig zu gestalten. Anschließend wird das Vorgestellte in einem Modell visualisiert und anhand eines Beispiels nachvollziehbar gemacht.

Demokratiepädagogik

„Für die Zukunft der Demokratie tragen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen besondere Verantwortung. Kinder und Jugendliche sollen in den Schulen Demokratie als Lebensform erfahren. Durch die Erfahrung gelebter Demokratie sollen Kinder und Jugendliche einen demokratischen Habitus erwerben, der ihr Handeln auch nach der Schule bestimmt. Kinder müssen Gelegenheit erhalten, sich an der Gestaltung von Schule und Gemeinwesen aktiv zu beteiligen. Partizipation ist Menschenrecht sowie Teil der Kinderrechte, die von der Bundesrepublik Deutschland rechtsverbindlich anerkannt sind.“

(Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik)

Das Wort „Demokratie“ ist allgegenwärtig. Allerdings wird es in mehreren Bedeutungen verwendet. Demokratie ist einerseits ein gesellschaftlicher Zustand, andererseits ein Wert, der aus Überzeugung realisiert werden soll. Der gesellschaftliche Zustand beschreibt die Form, in der die Bürger und Bürgerinnen sich an den öffentlichen Angelegenheiten beteiligen können. Der Wert hingegen ist eine emotional positiv besetzte Option, eine mit innerer Zustimmung versehene Präferenz. Demokratie als Wert verpflichtet und motiviert, aus eigenem Antrieb demokratisch zu handeln. Werte kann man nicht – wie Sachverhalte – als Informationen behandeln, die man bloß geschickt darlegen muss, um sie den Menschen nahezubringen. Das wäre Indoktrination statt Aufklärung. Demokratie als Sachverhalt, als politisches System, muss also von Demokratie als Wert unterschieden werden.

Demokratie als Wert hat ihre Basis in der eigenen Erfahrung. Auf lokaler Ebene, in der täglichen Lebenswelt der Menschen, ist es deshalb zwingend erforderlich, Demokratie erlebbar zu machen. Nur so wird sie als Grundwert auch wirklich von den Menschen in Anspruch genommen und verteidigt. Damit Menschen die Demokratie als Regierungsform anerkennen und erhalten wollen, müssen sie sie als Gesellschafts- und Lebensform positiv erleben und leben können. Diese Betrachtungsweise wirft neues Licht auf die Bürgerinnen und Bürger selbst, auf die sozialen Akteurinnen und Akteure vor allem in den lokalen Räumen und Vereinen

inmitten der Gesellschaft, die Träger des zivilgesellschaftlichen Handelns an der Basis der Demokratie sind. Hier trifft Demokratie auf das Leben. Sie wird von den Menschen gestaltet und genutzt: Demokratie als Lebensform. Dies wird durch Programme wie „Lokale Partnerschaften für Demokratie und Vielfalt“ gefördert und ist auch in Altona eine Ressource, auf die zurückgegriffen werden kann. Jugendliche sollen in dieser Hinsicht besonders unterstützt und befähigt werden, ihre Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen.

Konkrete Maßnahmen der Demokratiepädagogik

Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit werden dahingehend beraten, dass sie sich im Zuge der Gemeinwesenarbeit die Methoden und Maßnahmen der Demokratiepädagogik zu eigen machen können. Damit schafft man eine Handlungsgrundlage, um Demokratie als Wert erlebbar zu machen. Das kann präventiv wirken gegen demokratiefeindliche Bestrebungen: Die Menschen werden Demokratie als gesellschaftlichen und individuellen Wert verteidigen.

Auch hier steht die Beteiligung der im Quartier Ansässigen im Vordergrund. Allerdings nutzen bisher meist solche Menschen die Beteiligungsangebote, die ohnehin schon gut vernetzt sind. Daher muss vorrangig überlegt werden, wie man jene Menschen erreicht, die über geringe Zeitressourcen verfügen, mit Sprachbarrieren konfrontiert sind oder glauben, ohnehin nicht gehört zu werden. Dafür kann man verschiedene Kommunikationskanäle nutzen, wie z.B. Aushänge, Schilder, Banner, Flugblätter, Newsletter und soziale Medien. Eine Ergänzung hierzu sind aufsuchende Beteiligungsmethoden, bei denen man direkt auf die Menschen zugeht und sie dort anspricht, wo sie leben bzw. sich im Alltag aufhalten, also an Kiosken, auf Spielplätzen, beim Einkaufen etc. Ein vertrauensvolles Einzelgespräch sowie persönliche Einladungsbriefe oder Anrufe können ebenfalls zur Beteiligung motivieren.

Ebenso kann ein informelles Rahmenprogramm Wirkung zeigen. Beteiligungsaktionen für Kinder und Eltern werden attraktiv durch Kinderschminken, Luftballons, Musik, spielerische Beteiligung, Gewinnspiele etc. Eine weitere Möglichkeit der demokratischen Beteiligung sind Zukunftskonferenzen oder Zukunftswerkstätten mit den Bewohnern und Bewohnerinnen und den Akteuren und Akteurinnen im Quartier, bei denen auch die Jugendbeteiligung berücksichtigt wird. Bei einer Zukunftskonferenz erarbeiten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen nach einem festgelegten Schema Maßnahmenpläne für künftige Vorhaben. Im Rahmen einer Zukunftswerkstatt werden die Teilnehmer und

Teilnehmerinnen durch eine kreative Atmosphäre angeregt, außergewöhnliche Lösungen für aktuelle Fragestellungen zu entwickeln. Entsprechend sind Moderatorinnen und Moderatoren wichtig, die mit der Methode vertraut sind. Diese Instrumente eignen sich vor allem in Zeiten, in denen der Raum und die Muße für ein Zusammenkommen vorhanden sind.

ERFAHRUNGSBERICHTE DISKRIMINIERUNG

Text aus einem Vortrag zur Lehrerfortbildung:

„Wir gehen ... ins **Vorurteil** ... der unterdrückten muslimischen Frau. Eine passende Geschichte ist die einer Referentin für politische Jugendbildung, die in der Nacht der Jugend (zum Thema Courage gegen Rechts) im Hamburger Rathaus ihre Bildungseinrichtung repräsentierte und plötzlich von einer Lehrerin sanft am Arm gefasst wurde mit den Worten „Ich wünsche mir für Sie, dass sie den Mut finden Ihr Kopftuch eines Tages abzulegen.“

Sie sagte danach entgeistert „Die hat gar nicht gefragt oder wenigstens meine Reaktion abgewartet und ist einfach weiter gegangen.“

Geschlecht: männlich
Alter: 18 Jahre

Mir ist in meinem Sportverein Folgendes begegnet: Während des Trainings wurde das Wort Jude, als Synonym für feige immer wieder benutzt, oder auch als Schimpfwort an jemanden gerichtet.

Ich selbst bin Jude und es trifft mich, dass mitansehen zu müssen. Was mich mindestens genauso trifft, ist die Tatsache, dass weder der Trainer noch die Teamleitung etwas dagegen sagt, obwohl sie wissen müssen, dass es mich als Jude beleidigt, wenn so etwas geäußert wird.

Ich habe aufgrund dieser Erfahrungen den Sportverein gewechselt und habe auch gleich gesagt, dass ich Jude bin und dass diese diskriminierenden Erfahrungen der Grund für den Wechsel waren. Im neuen Verein ist so etwas bislang nicht vorgekommen.

Friedenspädagogik und Konfliktlösung

Die Friedenspädagogik kann ein Baustein sein zur Stärkung des Zusammenhalts im Quartier, denn sie baut ein Verständnis für den eigenen Einfluss auf. Sie macht Mut, eigene Strategien zu entwickeln und sich einzusetzen. Der Umgang mit Diskriminierung und Rassismus, die aus der Mitte unserer Gesellschaft kommen, die globalen Fluchtbewegungen und die daraus entstehenden Ängste um Ressourcen sowie Fragen der Sicherheit beschäftigen viele Menschen. Das Erzeugen und Verstärken von Ängsten und der Neigung zu einfachen, radikalen „Lösungen“ durch verantwortungslose, nur auf ihren eigenen Vorteil bedachte politische Akteure und Akteurinnen verstärkt die Notwendigkeit solcher Ansätze. Für Altona mit seinen Stadtteilen und Quartieren sollen die Ansätze der

Friedenspädagogik zugänglich gemacht werden, damit größere, aber auch kleinere Auseinandersetzungen erfolgreich bewältigt werden können. Die Methoden der Konfliktlösung haben aber lediglich Empfehlungscharakter und dürfen keinesfalls als verpflichtend oder bevormundend aufgefasst werden. Die Friedenspädagogik betrachtet Frieden als einen lebendigen Prozess. Ihr geht es vor allem darum, die Bereitschaft zum gewaltfreien Umgang und zur Suche nach kreativen Konfliktlösungen zu stärken. Friedenspädagogik zielt auf die Stärkung der Zivilgesellschaft. Sie initiiert gesellschaftliche Lernprozesse und macht Menschen handlungsfähig. Dafür bedarf es der Vermittlung von Friedenskompetenz, der Hinführung zu Friedensfähigkeit, also dem konstruktiven Umgang mit Konflikten, und der Befähigung zum Friedenshandeln. Die Konfliktlösung in diesem Sinne trägt zu einer Stärkung der Demokratie bei, indem sie einen Weg zum partnerschaftlichen, gerechten und gewaltfreien Zusammenleben in Vielfalt aufzeigt, wodurch die freie Entfaltung des Einzelnen bei gleichzeitigem Respekt vor der Freiheit der Mitmenschen möglich wird. Es geht wohlgerne nicht um das Vermeiden von Konflikten. Konflikte sind ein normaler und auch notwendiger Teil des Zusammenlebens. Sie bieten die Chance zur Veränderung und zum gesellschaftlichen Fortschritt. Werden Konflikte positiv wahrgenommen, können sich daraus neue Perspektiven und Beziehungen ergeben. Sich einzulassen auf einen Konflikt und konstruktiv damit umzugehen, kann eine wichtige Grundlage für ein produktives Arbeiten an gemeinsamen Zielen im Quartier sein.

Der Einzelne soll befähigt werden, sich auf der gesellschaftlichen Ebene gewaltvermeidend einzubringen und auch die eigenen Konflikte gewaltfrei zu lösen. Maßnahmen der Friedenspädagogik und Konfliktlösung befassen sich zum Beispiel mit Aspekten des Empowerments, um soziale Teilhabe als Grundlage eines gelingenden Zusammenlebens zu ermöglichen. Sie unterstützen Menschen dabei, Verhaltensmuster zu reflektieren und zu verändern und Wahrnehmungen von Interpretationen zu unterscheiden sowie die eigenen Bedürfnisse als Schlüssel zum Umgang mit Ängsten zu verstehen. Demokratie als Lebensform wird so erfahrbar gemacht.

Die Möglichkeiten der Friedenspädagogik sind vielfältig. Sie kann herangezogen werden, wenn es zu Konflikten im Sozialraum kommt. In Hamburg und in Altona sind das Norddeutsche Netzwerk der Friedenspädagogik sowie die Einrichtung W3, Verikom, das IKM, das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, die Türkische Gemeinde Hamburg und andere in dieser Richtung aktiv. Sie können zur Vertiefung konkreter Inhalte, als Multiplikatoren sowie für Schulungen, Workshops, Informationsveranstaltungen und Konfliktlösungsmaßnahmen einbezogen werden.

„Einen Konflikt zu lösen, braucht so viel Zeit, wie der Konflikt Zeit hatte, zu entstehen und sich zu entfalten.“

(In Anlehnung an den Friedensforscher
Johann Galtung)

Die Rolle der Verwaltung

Die Rolle der Verwaltung ist vielfältig und reicht von stadtgestalterischen und planerischen Aufgaben über die Absicherung der Grundversorgung einzelner Zielgruppen und Personen, sowie der Entwicklung sozialer Infrastruktur bis hin zum Wächteramt des Kindeswohl betreffend.

Im Kontext dieses Positionspapiers wird auf die Steuerungsfunktion der Verwaltung fokussiert. Als Steuerungsinstanz für die personellen und finanziellen Ressourcen im Bezirk Altona muss die Bezirksverwaltung über möglichst viele Informationen und eine gute Vernetzung mit allen gesellschaftlichen Akteuren im Bezirk verfügen. Im Sinne eines guten Informationsflusses hat die Verwaltung eine Art Monitoring-Funktion. Bei der Implementierung von Antidiskriminierungsstrategien kommt ihr eine entscheidende Rolle im Sinne einer Selbstverpflichtung zu. Sie ist der Ausgangspunkt für dieses Positionspapier und für Programme wie „Lokale Partnerschaften für Demokratie und Vielfalt“ und „Rumourless Cities“, die im Folgenden skizziert werden sollen.

Seit Juli 2017 beteiligt sich der Bezirk Altona mit dem Projekt „Partnerschaften für Demokratie und Vielfalt Altona“ am Bundesprogramm „Demokratie leben!“, das sich der Extremismus-Prävention und der Demokratieförderung widmet und bundesweit Partnerschaften für Demokratie fördert. „Partnerschaften für Demokratie und Vielfalt Altona“ will eine zielgerichtete Zusammenarbeit aller Akteure und Akteurinnen vor Ort fördern, die sich gegen Rechts, gegen Gewalt und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stellen. Ziel ist die Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Im partnerschaftlichen Zusammenwirken von Verwaltung und Zivilgesellschaft wird an einer lebendigen Demokratie vor Ort sowie an einer Kultur der Kooperation, des respektvollen Miteinanders und der gegenseitigen Anerkennung und Unterstützung gearbeitet. Der organisatorische Kern dieses lokalen Bündnisses ist das Bezirksamt mit der Koordinierungs- und Fachstelle der Lawaetz-Stiftung, einem Begleitausschuss und einem Jugendforum. Der Begleitausschuss arbeitet aktiv an der Ausrichtung und den Zielen der Partnerschaft in Altona. Diese richteten sich nach den Bedarfen vor Ort und werden jährlich neu definiert. Die jährlich stattfindenden Demokratiekonferenzen laden die Bürgerinnen und Bürger dazu ein, sich einzubringen und auszutauschen. Unterstützend können durch einen Aktions- und Initiativfonds kleine Projekte finanziert werden, die den Zielen der Partnerschaft für Demokratie und Vielfalt förderlich sind. Durch ein Jugendforum wird auch die Beteiligung junge Menschen gefördert und aktiviert.

„Durch das Bundesprogramm werden in ganz Deutschland kommunale Gebietskörperschaften (Städte, Landkreise und kommunale Zusammenschlüsse) unterstützt, „Partnerschaften für Demokratie“ als strukturell angelegte lokale bzw. regionale Bündnisse aufzubauen. In diesen

„Partnerschaften für Demokratie“ kommen die Verantwortlichen aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft – aus Vereinen und Verbänden über Kirchen bis hin zu bürgerschaftlich Engagierten – zusammen. Anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen entwickeln sie gemeinsam eine auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmte Strategie.“

(Onlineauftritt des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, 2018)

Seit April 2018 nimmt das Bezirksamt Altona an einem EU-Projekt mit dem Titel „Rumourless Cities“ teil. Die beiden europäischen Partnerstädte sind Amadora in Portugal und Ioannina in Griechenland. Für ein erstes Auftakttreffen waren die Projektpartner und Projektpartnerinnen aus Portugal und Griechenland im Mai 2018 in Hamburg.

Ziel der Zusammenarbeit mit den Partnerstädten soll es sein, Antidiskriminierungsstrategien zu entwickeln, von den Best-Practice-Modellen zu lernen und diese auf Übertragbarkeit auf Altona zu überprüfen und gegebenenfalls zu modifizieren.

Das Bezirksamt Altona hat sich auf das EU-Projekt beworben, weil eine europäische Vernetzung dem Bezirksamt die Möglichkeit bietet, sich zu den Themen Integration, Diversität und Antidiskriminierung auszutauschen, Neues kennen zu lernen und dies auf lokale Verhältnisse zu transferieren.

Beide Programme werden miteinander verzahnt, damit die Synergien identifiziert und die Ressourcen bestmöglich eingesetzt werden können.

Die Altonaer Deklaration

Für ein gutes Zusammenleben in Altona, ohne Diskriminierung und mit gleichberechtigter Teilhabe, braucht es eine veränderte, eine erneuerte und für alle erkennbare Haltung. Aber wie kann dieses Ziel des Altonaer „Positionspapier Perspektivwechsel“ mit Leben gefüllt werden? Dazu dient unter anderem der Prozess, der im Anschluss an die Erarbeitung dieses Positionspapiers begonnen werden soll: die Arbeit an der „Altonaer Deklaration“. Denn die Gegenwart und die Zukunft erfordern mindestens so große Anstrengungen wie die letzten Jahre.

Altona ist bereits als „Ort der Vielfalt“ ausgezeichnet worden. Daran lässt sich anknüpfen. Die gesellschaftlichen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Zuwanderung erfordern klare Bekenntnisse zur Demokratie, zur Vielfalt und zur Toleranz. Die Altonaer Deklaration soll gemeinsam von der Verwaltung, von Politikern und Politikerinnen, Institutionen sowie Bürgerinnen und Bürgern entwickelt und verabschiedet werden. In der Folge sollen möglichst viele und vielfältige Institutionen, Organisationen, Initiativen, Gewerkschaften,

Firmen und Unternehmer und Unternehmerinnen sowie weitere Akteure und Akteurinnen der Zivilgesellschaft und Privatpersonen diese Erklärung unterzeichnen und sich so zu einem guten Zusammenleben in Vielfalt bekennen.

Bereits der Prozess, in dem die Erklärung für Toleranz und Vielfalt, für demokratisches Handeln und gegen populistische und fremdenfeindliche Tendenzen gemeinsam entwickelt wird, schafft die Grundlage für ein breites Bündnis in Altona. Dieses dichte Netzwerk der demokratischen Kräfte soll die Entwicklung und Verbreitung von demokratiefeindlichem, das friedliche Zusammenleben gefährdendem Gedankengut eindämmen und verhindern.

Der Prozess soll im Geiste von Artikel 3 des Grundgesetzes stattfinden, der in der Fassung von 1994 lautet:

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Die „Grundrechtefibel“ der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg erklärt den Sinn dieses Grundrechts so:

„Hier geht es darum, dass alle gleich behandelt werden und niemand benachteiligt oder bevorzugt wird. Ob arm oder reich, alt oder jung, berühmt oder unbekannt – alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Gleichheit bedeutet hier allerdings nicht, dass alle Menschen immer das Gleiche haben oder tun müssen – im Gegenteil. Unser Grundgesetz möchte sicherstellen, dass der Staat allen die gleichen Chancen ermöglicht, im Leben das zu erreichen, was sie selbst möchten. Und diese Wünsche können bei den einzelnen Menschen ganz unterschiedlich sein. Wenn alle Menschen die gleichen Chancen haben, ihre Ziele zu erreichen, empfinden wir das als gerecht. Menschen können von anderen aus den unterschiedlichsten Gründen ungerecht behandelt werden: weil sie eine andere Sprache sprechen, weil sie eine andere Hautfarbe haben oder weil sie an einen anderen Gott glauben. Sicher hast du das auch schon einmal erlebt. Wenn wir mitbekommen, dass jemand ungerecht behandelt wird, können wir uns für Gerechtigkeit einsetzen. Denn: Jeder Mensch ist etwas Besonderes und gleich viel wert wie andere. Ein Mensch soll bei uns keine Nachteile oder Vorteile haben, egal woher er kommt, wie er aussieht, welches Geschlecht er hat oder welcher Religion er angehört.“

(Quelle: http://www.grundrechtefibel.de/fibel_gleichheit.html)

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, findet die Gruppe der

LSBTI* zugehörigen Personen im Artikel 3 des Grundgesetzes keine Erwähnung. Auf Bundesebene gibt es Initiativen, die daran arbeiten, dies zu verändern. Die Arbeit an der Altonaer Deklaration soll unter anderem für dieses Thema sensibilisieren – wie auch für die anderen Personengruppen und Individuen, die von Diskriminierung betroffen sind. Die Altonaer Deklaration hat zum Ziel, ein Klima zu begünstigen, das frei von Vorurteilen und Diskriminierung ist. Es soll ein Bündnis geschaffen werden, welches den Menschen im Bezirk, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung oder chronischer Krankheit, Alter, sexueller Orientierung und sexueller Identität, Wertschätzung entgegenbringt.

Das Zusammenleben in Altona ist überwiegend geprägt von einem Geist der Offenheit, Toleranz und Verständigung. Dieses Selbstverständnis gilt es zu bewahren und aktiv weiterzuentwickeln. Deshalb wird mit der Deklaration eine gemeinsame Positionierung gegen die Ausgrenzung und Herabwürdigung von einzelnen Menschen und Gruppen sowie gegen rassistische, sexistische und homophobe Diskriminierung angestrebt. Möglichst viele Akteure und Akteurinnen aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen übernehmen, mit der Unterzeichnung der Deklaration, Verantwortung für ein respektvolles Zusammenleben im Bezirk Altona. Gemeinsam sollen die Unterzeichnenden das breite gesellschaftliche Engagement für Diversität und Toleranz deutlich machen und ihr Selbstverständnis als Bündnispartner und Bündnispartnerinnen in Form einer Selbstverpflichtung ausdrücken. Für ein gleichberechtigtes Miteinander und chancengerechte Teilhabe ist eine respektvolle und wertschätzende Verständigung unabdingbar. Einen solchen Umgang in und zwischen den Initiativen, Organisationen, Einrichtungen, Vereinen, Unternehmen und Religionsgemeinschaften zu pflegen und die Bereitschaft zur gegenseitigen Verständigung und zu einem respektvollen Umgang, insbesondere bei Konflikten zu stärken, soll das gemeinsame Ziel sein.

So wie bei der Überarbeitung des Altonaer Integrationskonzeptes von 2011, soll auch für das Formulieren der Altonaer Deklaration eine Auftaktveranstaltung den Entwicklungsprozess initiieren. Daran sollen möglichst viele aus dem Bezirk teilnehmen. Die daraus entstehende Arbeitsgruppe wird dann gemeinsam mit der Verwaltung den Inhalt und Wortlaut der Deklaration erarbeiten und der Politik zur Verabschiedung vorlegen. Bekannte Persönlichkeiten aus dem Bezirk sollen als Botschafter und Botschafterinnen für die Altonaer Deklaration gewonnen werden. Wenn Menschen mit weitreichendem gesellschaftlichen Einfluss – aus der Politik, aus der Kunst, aus der Unterhaltungsbranche – sich für das Verbreiten der Altonaer Deklaration einsetzen, können mehr Altonaer und Altonaerinnen überzeugt werden, sich mit den dahinterstehenden Anliegen zu identifizieren.

Beginnend bei der bezirklichen Politik und dem Bezirksamt soll das Bekenntnis und die Selbstverpflichtung zur Altonaer Deklaration seine Wirkung im Bezirk und seinen Stadtteilen und Quartieren entfalten. Die Selbstverpflichtung kann auch

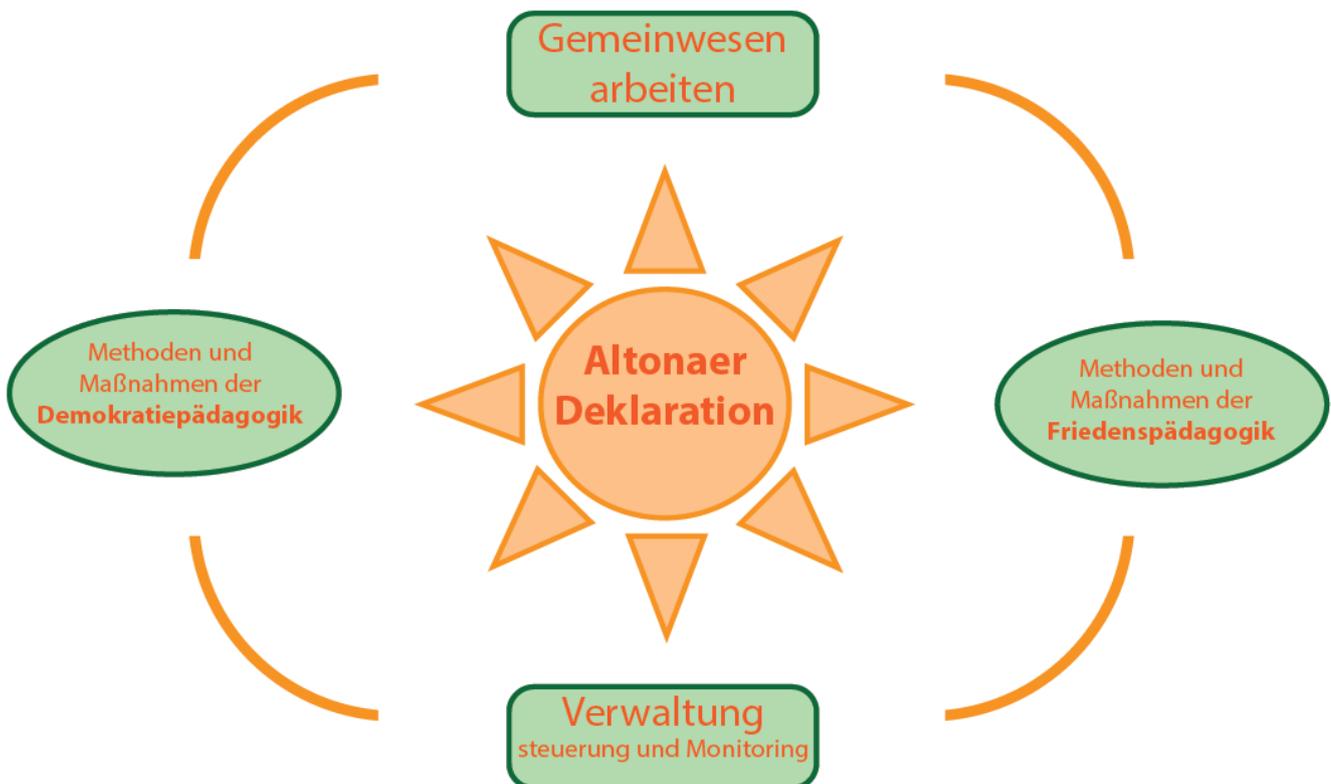
Eingang in Kooperationsverträge und Zuwendungsbescheide finden. Dadurch wird die enge Zusammenarbeit der lokalen Akteure und Akteurinnen gefördert und verbessert. Wenn der Austausch direkter und verbindlicher ist, wird man schneller und passgenauer auf Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit reagieren können.

können. Das Modell soll als Kreislauf verstanden werden, in dem sich der Informationsaustausch und das gemeinsame Handeln für eine gemeinsame Antidiskriminierungsstrategie im Fluss befinden, sich gegenseitig bedingen und anregen. Die Methoden der Demokratiepädagogik können beispielsweise als präventiv wirkende Maßnahmen im Quartier umgesetzt werden, während die Methoden der Friedenspädagogik, hier insbesondere der Konfliktlösungsstrategien, im akuten Krisenfall als Maßnahme der Intervention genutzt werden können.

Modellskizze zur gemeinsamen Entwicklung von Antidiskriminierungsstrategien im Sozialraum

Das hier gezeigte Modell soll darstellen, wie die verschiedenen Strukturen und Methoden sinnhaft zusammen geführt werden

Das Modell hat lediglich Empfehlungscharakter. Es setzt eine mögliche Variante der wirksamen Verzahnung von Akteuren und Akteurinnen im Quartier mit den Methoden ins Bild.



Maßnahmensammlung

Die im Folgenden aufgezählten Maßnahmen sind als Ideen und Vorschläge in den vier erwähnten Arbeitsgruppen sowie bei der Demokratiekonferenz vom 7. Dezember 2017 im Rahmen von „Lokale Partnerschaften für Demokratie und Vielfalt“, sowie im weiteren Verlauf des Entstehungsprozesses dieses Positionspapiers entstanden. Alle Maßnahmen zielen auf die Förderung einer das Gemeinsame betonenden lokalen Identität ab.

„Denn nur Begegnung, Austausch und Dialog helfen, gegenseitige Vorurteile und Verunsicherung ab- und Vertrauen und Zugehörigkeitsgefühl aufzubauen. Ein Quartier braucht deshalb Anlässe und Orte für Begegnung und Beteiligung sowie Strukturen für seine Entwicklung.“
(HIK, Seite 94)

Maßnahme zur Stärkung des konstruktiven Umgangs mit Diversität innerhalb der Verwaltung

Um eine Vorreiterrolle einzunehmen, sollte die Verwaltung darauf hinwirken, dass sie interne Maßnahmen zum Umgang mit Diskriminierung umsetzt. Diskriminierungserfahrungen werden auch am Arbeitsplatz gemacht, davon sind ebenfalls die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst betroffen. Aus diesem Grund ist die stetige Sensibilisierung erforderlich, damit Diskriminierung abgebaut werden kann.

Es sollte in jeder Abteilung des Bezirksamtes Altona eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter gefunden werden, die sich als Guide für das Thema Diskriminierung versteht und sich in solchen Dingen zuständig fühlt. Eine entsprechende Schulung vorausgesetzt, können diese Guides durch einen Aufkleber an der Tür und durch eine für alle Mitarbeiter zugängliche Liste, aufgesucht werden. Diese Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen würden nicht nur als Vertrauenspersonen für den einzelnen Betroffenen fungieren, sondern würden generell, im Sinne einer Wächter-Funktion, darauf Acht geben, dass zu jeder Zeit ein sensibler Umgang mit Diversität erfolgt und gefördert wird. Eine dafür erforderliche Schulung der ausgewählten Mitarbeiter würde durch das Fachamt Sozialraummanagement organisiert werden. Ebenso würde die weitere Begleitung und der dazugehörige Austausch von dieser Stelle aus erfolgen.

Der Effekt der dabei entsteht ist nicht nur der, dass Betroffenen eine große Auswahl an Ansprechpersonen zur Verfügung steht, sondern dass die Sensibilisierung im Bezirksamt Altona flächendeckend erfolgen kann.

Inhalt einer solchen Schulung soll die Kenntnisvermittlung zu den verschiedenen Formen und Zielgruppen von Diskriminierung sein, sowie der unterstützende Umgang mit Betroffenen. Der Umgang mit Stammtischparolen und populistischen Äußerungen, sowie Argumentationsstrategien sollen vermittelt werden, sowie das Wissen um die Beratungslandschaft, um weitervermitteln zu können und um die Möglichkeit rechtliche Schritte einzuleiten, sollte dies Notwendig sein.

Nach der Schulung lädt das Fachamt Sozialraummanagement zu regelmäßigen, freiwilligen Austauschtreffen ein, bei denen tiefer gehender Schulungsbedarf eruiert werden kann, sowie der Raum für Erfahrungsaustausch geschaffen wird. Auf der Basis dieser Rückmeldungen können dann weitere Schulungseinheiten oder Vorträge organisiert werden.

Es ist nützlich, wenn Führungskräfte dieses Vorhaben unterstützen, beispielsweise indem sie selbst an Qualifizierungsangeboten teilnehmen oder ihre Mitarbeiter dazu ermutigen und freistellen.

Senioren- und Seniorinnen-Themen in den Fokus nehmen

Interkulturelle Angebote für Senioren- und Seniorinnentreffs und -kreise zu entwickeln ist das erklärte Ziel der Altonaer Senioren- und Seniorinnenpolitik. Lebenslanges Lernen in allen Bereichen sowie die Öffnung der Angebote für Menschen mit Behinderung und demenziellen Beeinträchtigungen sind der Leitgedanke für die Offene Senioren- und Seniorinnenarbeit. Dabei sollen die unterschiedlichen Gruppen mit ihren vielfältigen Bedarfen nicht weiter separiert werden, sondern die Angebote aufeinander abgestimmt und mit den Nutzerinnen und Nutzern der Einrichtungen sowie den Trägern so weiterentwickelt, dass ein möglichst vielfältiger Strauß an Angeboten zur Verfügung steht: Vielfalt im Großen – Spezielles in Nischen.

Dazu gehört die sprachliche Vielfalt der öffentlich geförderten Angebote ebenso wie Angebote zum Erlernen bzw. Vertiefen der deutschen Sprache. **Lebensbegleitendes Lernen bedeutet, die sprachliche Integration mit altersgerechten Angeboten zu fördern.**

Stärkung der Migranten- und Migrantinnen-Selbstorganisationen und der interkulturellen Beratungsstellen

Die Chancen der Diversität erkennt man am besten im Dialog. Dafür müssen die Migranten- und Migrantinnen-Selbstorganisationen vermehrt eingebunden werden. Ebenso wichtig ist es, die verschiedenen Communities aus

anderen Kulturen bei der Nutzung des öffentlichen Raums zu unterstützen. In den interkulturellen Beratungsstellen müssen die Ressourcen ausgebaut und gestärkt werden. Vor allem braucht es dort Mehrsprachigkeit und mehr männliche Berater, außerdem geeignete Personen als Multiplikatoren und Multiplikatorinnen sowie Beratungslotsen und Beratungslotsinnen. **Vorhandenes Wissen soll besser nutzbar gemacht werden.**

In alltäglichen Dingen Vielfalt einbringen

Das Motto „Vielfalt muss nicht gelehrt, sondern gelebt werden“ lässt sich auf viele Bereiche des täglichen Zusammenlebens übertragen. Vor allem die Betonung der Stärke, die in einem vielfältigen Zusammenleben zu finden ist, kann in den verschiedenen und auch alltäglichsten Lebensbereichen stattfinden. Dass es in Altona verschiedene Kulturen gibt, sollte in Kitas und Schulen als Selbstverständlichkeit behandelt werden. Die Ziele sind das Erleben von Wertschätzung für die eigene und der Respekt vor anderen Kulturen.

Zusammenleben in Vielfalt – ein positives Narrativ erzeugen

Um den Ängsten und Unsicherheiten zu begegnen, mit denen dem gesellschaftlichen Wandel teilweise begegnet wird, sind Projekte hilfreich, die in der Diversität das Gemeinsame hervorheben. Projekte dieser Art können im Bildungs-, im Kunst-, aber auch im Alltagskontext durchgeführt werden. Dazu zählen die Erstellung einer Porträtreihe „Bürger*innen Altonas“ als Plakatreihe oder Serie im „Hamburger Abendblatt“ oder in einem Stadtteilmagazin. Aber auch Schüler- und Schülerinnenaustausche zwischen sozial sehr verschiedenen Stadtteilen, Schulen und Familien können die Lebenswelt der Mitmenschen erlebbar machen.

Durch Fotos, Filme und Theaterstücke können Geschichten über die positive Umsetzung von Vielfalt erzählt werden. Projekte wie „Wer ist ALTONA“: Ein Mosaik aus Passbildern von Altonas Bürger*innen“ hilft die Diversität als lokale Identität zu befördern.

Altonas Geschichte kann als Geschichte der Migration erzählt und sichtbar gemacht werden – so rücken die Historie und die Erfahrung und Kompetenz des Bezirks und seiner Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit Diversität ins Bewusstsein. Das kann den Zusammenhalt der Altonaer stärken und das Selbstbewusstsein erzeugen, mit dem sich Altona als Modell-Stadtteil im Sinne der „Stadt der Zukunft“ präsentieren kann.

Begegnungen schaffen

Einander offen zu begegnen ist der Schlüssel für ein gutes Miteinander. Schafft man Raum für Begegnung, schafft man auch soziale Teilhabe und lässt Empathie und Dialogfähigkeit entstehen. Die Sensibilisierung und Öffnung von Vereinen und Freizeiteinrichtungen ist dabei ein wesentlicher Faktor. Beispiele wären Projekte wie ein Selfie-Blog, der zufällige Busbegegnungen festhält und die Geschichten der Menschen im Alltag skizziert.

Anleihen können auch bei einem Nachbarschaftscamping-Projekt aus den Niederlanden genommen werden, bei dem Menschen gemeinsam in einem benachbarten Stadtteil campen und dort beim Lagerfeuer und Grillen zusammensitzen. Auch ein regelmäßiges Angebot wie Mitternachtssport in Sporthallen kann so gestaltet werden, dass positive Begegnungen und echter Austausch stattfinden. Lokale Jobbörsen bringen den Menschen Einblicke in Arbeitsfelder („Was steckt hinter welcher Arbeit?“) und fördern die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen am Berufs- und Wirtschaftsleben.

Unsicherheiten ernst nehmen und in den Dialog treten

Um Verunsicherung abzubauen, bedarf es der Auseinandersetzung und des Dialogs. Ein wichtiger Dialogpartner könnte bei Fragen zum Thema „objektive und subjektive Sicherheit“ die Polizei sein. Die polizeiliche Kriminalstatistik und die täglichen Erfahrungen der Beamten und Beamtinnen eignen sich zur Korrektur populistischer Behauptungen.

Genauso wichtig wie das Ernstnehmen subjektiver Ängste ist die Vermittlung der Mechanismen von Radikalisierungsprozessen. Wenn es gelingt, zu verdeutlichen, dass gesellschaftliche Ablehnung und Diskriminierungserfahrungen zur Radikalisierung beitragen können, wird sich der / die Einzelne seiner / ihrer Verantwortung im Umgang mit seinen / ihren Mitmenschen möglicherweise stärker bewusst. Ein mögliches Modell könnte sein, einen Experten / eine Expertin zum Thema „gutes Miteinander“ und einen Polizeibeamten / eine Polizeibeamtin in einen Dialog mit den Bewohnern und Bewohnerinnen der Quartiere zu bringen. Es kann auch hilfreich sein, den defizitorientierten Blick auf die zugewanderten Menschen zu verändern und stattdessen deren Stärken und Ressourcen in den Vordergrund zu rücken.

Zugewanderte sollen für sich selbst sprechen und als Experten und Expertinnen für ihre Lebenswelt anerkannt werden. Insbesondere bei Geflüchteten muss allerdings die häufige individuelle Traumatisierung angemessen berücksichtigt werden.

Das Thema Gesundheit und gesundheitliche Aufklärung zugänglicher machen

Nach dem Inkrafttreten des Präventionsgesetzes 2015 haben sich die Stadt Hamburg, die Sozialversicherungsträger und die Agentur für Arbeit mit den Kranken- und Pflegeversicherungen auf ein gemeinsames Vorgehen zur Prävention und Gesundheitsförderung verständigt (Landesrahmenvereinbarung). Die zur Verfügung stehenden Gelder sollen vor allem zur Förderung der psychosozialen Gesundheit eingesetzt werden.

Insbesondere für die nächsten Jahre wurden hierfür primär Regionen mit besonderem Bedarf ausgewählt. Für den Bezirk Altona wird derzeit in einem partizipativen Prozess für Lurup und den Osdorfer Born eine integrierte kommunale Stadtteilstrategie zur Gesundheitsförderung unter dem Schwerpunkt „Wertschätzung“ entwickelt. Es ist wünschenswert, diese Strategie auf weitere Stadtteile auszuweiten. Maßnahmen in Schulen zur Resilienz-Förderung bei Kindern werden aktuell konzipiert und geplant.

Die Förderung des interreligiösen Dialogs vorantreiben

Religionsausübung soll nicht integrationshemmend, sondern integrationsfördernd sein – stets auf der Grundlage unserer Verfassung. Wie in der Einleitung erwähnt, gilt es, möglichst viele Akteure und Akteurinnen, egal ob institutionell organisiert oder Privatperson, miteinander zu vernetzen und in den Austausch zu bringen. Die Begegnung zwischen den Religionen und ihren Vertretern und Vertreterinnen sowie den Menschen, die ohne Religionszugehörigkeit leben, schafft Wissen, Verständnis und letztlich Vertrauen.

Es geht im Gesamtkontext immer darum, Vorurteile und Diskriminierung abzubauen. Interreligiöse Dialoge können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Immer dann, wenn sich die Konfessionsvertreterinnen und -vertreter offen und wertschätzend begegnen, wird ein positives Signal gesendet. Dieses kann vermitteln, dass trotz des unterschiedlichen Glaubens eine Hand-in-Hand-Mentalität nicht ausgeschlossen wird, also kein Gegeneinander, sondern ein Miteinander praktiziert und kultiviert wird. Im Stadtteil sind zahlreiche Religionsgemeinschaften vertreten, die vielfältige Angebote für Kinder, Jugendliche, Familien und Seniorinnen und Senioren zur Verfügung stellen. In den Netzwerken und Beteiligungsforen sind die Religionsgemeinschaften aktuell eher schlecht vertreten. Diesen Umstand zu verändern, ist erstrebenswert. Er sollte bei der Zusammensetzung von Gremien und der Beteiligung von Akteuren und Akteurinnen beachtet werden.

Das Quartier-Projekt Q8, das seit 2011 in Altona angesiedelt ist, befasst sich in seinen Leitlinien ebenfalls mit dem Thema „Raum für Religiosität und Spiritualität“. Es geht darum, Antworten auf gesellschaftliche Fragen wie zum Beispiel den demographischen Wandel zu finden.



SCHLUSS- BEMERKUNG

Dieses Positionspapier ist in Anlehnung an das Hamburger Integrationskonzept entstanden und nimmt die spezifische Ausrichtung für den Bezirk Altona in den Fokus. Es versteht sich als dynamisches Konstrukt. Es erhebt weder einen Anspruch auf Vollständigkeit, noch ist es als bloße Momentaufnahme zu verstehen. Die gesellschaftlichen Gegebenheiten und die Lebenswirklichkeiten verändern sich fortwährend, weshalb dieses Positionspapier nur auf die aktuelle Lage der Jahre 2018/2019 Bezug nehmen kann. Es ist also in Zukunft fortlaufend zu ergänzen und anzupassen.

An der Erstellung dieses Positionspapiers haben die Politiker und Politikerinnen der interfraktionellen Arbeitsgruppe, der Politologe Paul Steffen vom Ev. Luth. Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein und der Migrationsforscher Jens Schneider mitgewirkt.

Quellen

Aktionsplan des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt (2017)

(<http://www.hamburg.de/contentblob/8080476/1a25022ddb800a8d89fd5616b2b5a654/data/d-broschuere-aktionsplan-fuer-akzeptanz-geschlechtlicher-und-sexueller-vielfalt.pdf>)

Altonaer Integrationskonzept (2011)

(<http://www.hamburg.de/contentblob/4048854/6b049bec4d5afbe2ae0808c1b259cc9b/data/integrationskonzept-flyer.pdf>)

Amadeu-Antonio-Stiftung: Jugendarbeit gegen Antisemitismus

(https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/ju-an-flyer_web.pdf)

Birckenbach, Hanne Margret: Abstract „Friedenslogik“, Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaft

Bundeszentrale für politische Bildung: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (2015)

(<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit>)

Cyprian, Gudrun: Sozialer Raum (Uni Bamberg, 2012)

(www.fk-reha.tu-dortmund.de/Soziologie/cms/de/Lehrgebiet/Aktuelles/Vierter_Workshop/MPI_1__Sozialer_Raum.pdf)

Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik: eine Kurzvorstellung

(http://www.ganztagsschulverband.de/downloads/zeitschriften/2008/kurzvorstellung_degede_2008.pdf)

Fibel der vielen kleinen Unterschiede: Begriffe zur sexuellen und geschlechtlichen Identität (2016)

(www.wandersundgleich-nrw.de)

Fieber, Marco: „Forscher erklärt, wie die Angstmache der Boulevardblätter wirkt“ (Huffington Post vom 27.3.2018)

(https://www.huffingtonpost.de/entry/angstforscher-erklart-wie-die-angstmache-der-boulevard-blatter-wirkt_de_Saba205ee4b0decad04de648?icid=maing-grid7%7Cmain5%7Cd11%7Cd1-headline%26pLid%3D54107417_uk)

Glet, Alke: Hass hat viele Facetten (Vortrag)

(https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/_archivextern/dem_hass_keine_chance/homophobiekongress_vortrag_alke_glet.pdf)

Hamburger Integrationskonzept (2017)

(<http://www.hamburg.de/contentblob/128792/4fa13860dcb7a9deb4afdfb989fc78e2/data/konzept.pdf>)

Handbuch Demokratie, Berlin-Brandenburg, 2014 (vergriffen)

Körper-Stiftung: Diversitätsindex Hamburg (2017)

(<https://www.koerper-stiftung.de/hamburg-blankenese-ist-diverser-als-eimsbuettel-1197>)

Lesben- und Schwulenverband (Onlineauftritt)

(http://ea.newsapt24.de/_ns/e796ecd79907784683d663f2ff420d11.html)

Netzwerk Friedenspädagogik

(<http://www.netzwerk-friedenspaedagogik.de/>)

Özuguz, Aydan: Rede der Staatministerin Aydan Özuguz vom 24.2. 2017 im Rahmen der Veranstaltung

„Schulterschluss für Altona“ (persönliche Mitschrift)

Präventionsgesetz Hamburg (2015)

(<http://www.hag-gesundheit.de/lebenswelt/praeventionsgesetz/lrv-hamburg>)

Q8 Quartiersprofil Altona-Altstadt (2011)

(<http://www.q-acht.net/downloads/quartiersprofile/Q8-Quartiersprofil-Altona.pdf>)

Rass, Christoph: „Kein Kampf der Kulturen, sondern Aushandlungsprozess“ (Interview in der WELT vom 31.1.2018)

(https://www.welt.de/politik/deutschland/article173044461/Fluechtlinge-Forscher-kritisiert-Migrationsverstaendnis-der-Deutschen.html?wtrid=socialmedia.socialflow.facebook.weltvideotv.socialflow_facebook)

Stober, Regina: „Einführung in die Grundlagen der Friedenspädagogik“ (Vorlesung vom 27.11. 2014, Universität Hamburg)

Stövesand, Sabine: Mit Sicherheit Sozialarbeit (Lit Verlag Hamburg, 2007)

Susanne Kitschun: Berlin barrierearm (2015)

Terkessidis, Mark: Nach der Flucht – Neue Ideen für die Einwanderungsgesellschaft (Reclam Verlag, 2017)

Zentrum für Kinder- und Jugendforschung: Resilienz

<http://www.resilienz-freiburg.de/index.php/was-ist-resilienz/definition-und-merkmale>

Grußwort von Petra Lotzkat in der Broschüre „Erfolgreiche Frauen-gelungene integration von Frauen mit Kopftuch“

http://www.nobi-nord.de/fileadmin/redaktion_nobi-nord/PDFs/Publikationen_Migranten/2018_IQNOBI_ErfolgreicheFrauen_WEB.pdf

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Altona
V.i.S.d.P.: Bezirksamt Altona, Sozialraummanagement, Platz der Republik 1
Textredaktion: Oliver Domzalski (www.domzalski-lektorat.de)
Titelfoto: M. Brakhage

